

# Die Zerschlagung der neokolonialen Herrschaft in Kongo-Brazzaville

*Ein Kampf für einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, Volksdemokratie und wissenschaftlichen Sozialismus in Zentralafrika (1963–1990)*

Matthew Read

18. Dezember 2024

Veröffentlicht bei der Internationalen Forschungsstelle DDR (ifddr.org)



<i>Einführung</i> .....	2
<i>Die französische Kolonisierung des Kongo (1880–1958)</i> .....	4
<i>Unabhängigkeit unter einem Kompradorenregime (1958–1963)</i> .....	7
<i>Die Revolution beginnt (1963–1966)</i> .....	9
<i>Eine „Korrektur der degenerierten Revolution“ (1966–1968)</i> .....	14
<i>Der Beginn einer neuen Etappe der Revolution (1968–1970)</i> .....	18
<i>Der Kampf um die Definition der Volksdemokratie im Kongo (1970–1972)</i> .....	20
<i>Der Aufbau eines neuen Staatsapparats (1972)</i> .....	23
<i>Die Ära Nguouabi und die Entdeckung des Erdöls (1972–1977)</i> .....	28
<i>Eine neue Wirtschaftspolitik: autocentré et autodynamique (1977–1984)</i> .....	33
<i>Stagnation und Rückzug (1984–1990)</i> .....	37
<i>Schlussfolgerung</i> .....	40
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	43

## Einführung

Fast drei Jahrzehnte lang hat Kongo-Brazzaville einen revolutionären Kurs eingeschlagen, der in Zentralafrika seinesgleichen sucht. Nachdem ein Volksaufstand 1963 ein korruptes Kompradorenregime gestürzt hatte, entwickelte sich die kongolesische national-demokratische Revolution in den folgenden Jahrzehnten zur ersten Volksdemokratie in Afrika und festigte sie. Auch die politische Kraft, die diesen Prozess vorantrieb, musste sich weiterentwickeln: von einer pluralistischen Massenpartei zu einer marxistisch-leninistischen Avantgardeorganisation der kongolesischen Arbeitermassen. Dieser Artikel zeichnet den Weg der kongolesischen Revolution nach und untersucht, wie sozialistische Staaten in Osteuropa und Asien diesen Prozess beeinflusst haben. Um Lehren aus dieser historischen Erfahrung zu ziehen, konzentriert sich der Artikel auf drei wesentliche Herausforderungen, mit denen die kongolesischen Revolutionäre konfrontiert waren.

Erstens geht es um die Frage der Staatsmacht, die Lenin bekanntlich als „die Schlüsselfrage jeder Revolution“ bezeichnete. Nach dem Volksaufstand von 1963 erbte das kongolesische Volk einen neokolonialen Staat, der nach den Interessen des ausländischen Kapitals geformt worden war. Wie konnte er durch einen Apparat ersetzt werden, der den Bedürfnissen der national-demokratischen Revolution diene? In den verschiedenen Verfassungen, die der Kongo in den 1960er und 1970er Jahren verabschiedete, zeigt sich eine allmähliche Abkehr vom bürgerlichen Konstitutionalismus und die Erkenntnis, dass der Staat keine neutrale Institution ist, die zwischen den Klassen vermittelt, sondern ein Instrument, das von bestimmten Klassen eingesetzt werden muss, um soziale Veränderungen herbeizuführen. Anfang der 1970er Jahre gelang es den kongolesischen Revolutionären nach intensiven Kämpfen mit inneren und äußeren Gegnern, eine Volksrepublik und eine Avantgardepartei mit einem wissenschaftlich fundierten Programm zu errichten. Es bestand ein ständiges Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit, den politischen Prozess weiter zu demokratisieren, und den Erfordernissen, die Revolution in einem äußerst feindlichen Umfeld zu verteidigen. Wie im Folgenden gezeigt wird, unterschied sich der Kampf um den Aufbau einer Volksdemokratie im afrikanischen Kontext erheblich von den Erfahrungen der Volksdemokratien in Osteuropa.

Die zweite Frage bezieht sich auf die unterschiedlichen Strategien zur wirtschaftlichen Entwicklung, die innerhalb der nationaldemokratischen Bewegung formuliert wurden. Kongo-Brazzaville war als abhängiger und ausgebeuteter Bestandteil in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung eingebunden: Es war Rohstofflieferant (vor allem Holz und Öl) und Exportmarkt für die kapitalistischen Mächte Europas und

Nordamerikas. Ausländische Unternehmen kontrollierten die große Mehrheit der kongolesischen Wirtschaft. Wie konnte die Revolution vorangetrieben werden, solange das Land unter der Vorherrschaft des ausländischen Kapitals stand? Dies war der zentrale Widerspruch, der die kongolesische Führung von Anfang an beschäftigte. Hinter Bezeichnungen wie „pro-sowjetisch“, „pro-chinesisch“ und „pro-imperialistisch“ verbargen sich in Wirklichkeit gegensätzliche Vorstellungen darüber, wie das Land am besten der kolonial aufgezwungenen Unterentwicklung entkommen und in Richtung Industrialisierung und wirtschaftliche Unabhängigkeit vorankommen könnte. Im Artikel werden drei Phasen in der Strategie der Revolutionäre unterschieden: In den 1960er Jahren wurde ein weicher, national-reformistischer Kurs verfolgt, der dann in den 1970er Jahren nach der Gründung der Volksrepublik Ende 1969 von einer durchsetzungsfähigeren Nationalisierungsstrategie abgelöst wurde. Die Ermordung von Präsident Marien Ngouabi 1977 beendete diese Phase, und in ihrem letzten Jahrzehnt schwenkte die kongolesische Revolution auf eine Strategie um, die dem chinesischen Ansatz von „Reform und Öffnung“ ähnelte.

Die dritte Frage, die mit der zweiten zusammenhängt, betrifft die politischen Bindungen des Kongo an die kommunistische Weltbewegung und seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten in Osteuropa und Asien. Wie verhielten sich die kongolesischen Revolutionäre zum sozialistischen Weltsystem und umgekehrt? Welche Auswirkungen hatte das Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und China? Und wie versuchten die sozialistischen Staaten den Kongo bei der Befreiung vom Neokolonialismus zu unterstützen? Wie im Folgenden dargelegt wird, stellte der Technologie- und Wissenstransfer aus den sozialistischen Staaten in den Kongo eine qualitativ neue Art von internationalen Beziehungen dar, die auf Solidarität und gegenseitiger Entwicklung statt auf Ausbeutung und Abhängigkeit beruhten. Dennoch gelang es der kommunistischen Weltbewegung nicht, die kongolesische Wirtschaft in eine internationale sozialistische Arbeitsteilung zu integrieren, die es dem Kongo ermöglicht hätte, sich vom kapitalistischen Weltmarkt abzukoppeln. Dies erwies sich als fatal für die kongolesische Revolution. Der Artikel konzentriert sich in erster Linie auf die Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und ihrer führenden Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), da die entsprechenden Archive für den Autor am zugänglichsten waren.

Die Recherchen für diesen Artikel stützten sich weitgehend auf Archivmaterial aus dem Bundesarchiv, wo Tausende von Berichten der SED und der kongolesischen Revolutionäre zu finden sind. Besonders aufschlussreich waren die Doktorarbeiten kongolesischer Ökonomen und Soziologen, die in den 1980er Jahren an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR studierten. Darüber hinaus wurden marxistische und bürgerliche Geschichtswerke über den Kongo herangezogen.

Sämtliche Quellen sowie Hintergrundinformationen sind in den Fußnoten zu finden. Weitere Lesetipps finden sich im Literaturverzeichnis.

## Die französische Kolonisierung des Kongo (1880–1958)

Das nördlich des Kongo-Flusses gelegene Gebiet, das heute die Republik Kongo bildet, wurde vor der Ankunft der Europäer von mehreren halbfeudalen Königreichen regiert. Nachdem die Portugiesen 1484 die Mündung des Kongo erreicht hatten, begannen die Europäer mit dem Handel von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen gegen Sklaven, die sie im Hinterland gefangen hatten. Die Strukturen der zuvor existierenden Königreiche zerfielen rasch, als der transatlantische Sklavenhandel im 16. Jahrhundert anlief.<sup>1</sup> Die direkte europäische Kolonisierung begann im 19. Jahrhundert als Frankreich 1880 ein „Protektorat“ über die Gebiete nördlich des Kongo-Flusses errichtete. Die Berliner Konferenz von 1884/85 bestätigte Frankreichs Herrschaft über das Gebiet, das als „Französisch-Kongo“ bezeichnet wurde. Da Frankreich mit der Größe dieses Gebiets überfordert war, teilte es die Ausbeutungsrechte unter 40 privaten Gesellschaften auf, die sich zumeist auf ein mittleres Handelskapital stützten.<sup>2</sup> Aufgrund der relativen Schwäche dieser Unternehmen wurden nur wenig Technologie und Material in den Kongo gebracht, stattdessen die lokale Bevölkerung zur Zwangsarbeit verpflichtet, ohne dass die Produktionsmittel entwickelt wurden. Da rund 60 Prozent des kongolesischen Territoriums von Wäldern bedeckt waren, wurde Holz schnell zum wichtigsten Exportgut der Kolonie.

Frankreichs Kolonisierung des Kongo war durch ein System der direkten Verwaltung gekennzeichnet, im Gegensatz zum indirekten Ansatz Großbritanniens, das sich bei der Herrschaft über viele seiner Kolonien auf die lokalen herrschenden Klassen verließ. Die direkte Verwaltung löschte lokale Strukturen aus und ersetzte diese durch eine Hierarchie französischer Verwalter, die die volle politische Kontrolle ausübten und von allen Einwohnern eine Kopfsteuer zur Finanzierung des Staatsapparats erhoben.<sup>3</sup> Die Kantons- und Dorfhäuptlinge wurden ihrer traditionellen Rechte beraubt und in die unterste Ebene dieser Hierarchie integriert, um als Hilfskräfte der Kolonisatoren zu dienen. Die katholische Kirche drang tief in die kongolesische Gesellschaft ein und

---

<sup>1</sup> Autorenkollektiv, *Staatsrecht junger Nationalstaaten*, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 1988, S. 259.

<sup>2</sup> L. Kounkou, „Zur Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der Volksrepublik Kongo“ in *Zur Entwicklung in der Volksrepublik Kongo*, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin, 1987, S. 12.

<sup>3</sup> M. M'Pandzou, „Probleme der Umgestaltung des Staatsapparates in der Volksrepublik Kongo“ in *Zur Entwicklung in der Volksrepublik Kongo*, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin, 1987, S. 63.

spielte eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft, insbesondere durch ihre Kontrolle über das Bildungswesen.<sup>4</sup>

1908 schloss Frankreich seine in Zentralafrika gelegenen Kolonien in einer Föderation namens Französisch-Äquatorialafrika (FEA) zusammen. Die kongolesische Stadt Brazzaville wurde zur Hauptstadt der FEA ernannt und zum wichtigsten Verwaltungs- und Transitknotenpunkt für die Gewinnung von Bodenschätzen aus „Französisch-Afrika“. Durch diese einzigartige Rolle als Verwaltungs- und Handelszentrum Zentralafrikas entwickelte sich der südliche Kongo zu einer relativ urbanisierten Region mit gut ausgebildeten und einflussreichen kleinbürgerlichen Schichten (d. h. Bürokraten und ziviler wie militärischer Intelligenz).<sup>5</sup> Die Wirtschaftstätigkeit konzentrierte sich auf die Kongo-Ozean-Eisenbahn, eine 500 Kilometer lange Strecke, die in den 1920er Jahren gebaut wurde, um Brazzaville mit der Hafenstadt Pointe-Noire zu verbinden. Diese Strecke wurde durch Zwangsarbeit erbaut und kostete mehr als 17.000 Einheimischen das Leben. Nach ihrer Eröffnung im Jahr 1934 bildete sich im Umfeld dieser Bahnlinie eine Arbeiterklasse heraus, die sich hauptsächlich aus Transport- und Hafearbeitern zusammensetzte.

---

<sup>4</sup> M'Pandzou, S. 63.

<sup>5</sup> U. Schmidt, „Zu den politisch-ideologischen Grundpositionen der Führungskräfte in der VR Kongo“ in Asien, Afrika und Lateinamerika, 1988, Bd. 16, Akademie Verlag, Berlin, S.878 und Bundesarchiv, Akte DL 2/10588.



*Französische Kolonien in Afrika (1935). Das Gebiet von Französisch-Kongo, das als Verwaltungs- und Handelszentrum von Französisch-Äquatorialafrika fungierte (dunkelviolett), wurde 1958 zur Republik Kongo.*

Die europäische Kolonialisierung übte auch einen großen Einfluss auf den Prozess der Nationenbildung im südlichen Afrika aus. Historisch gesehen kristallisierte sich der Nationalstaat in einem bestimmten Entwicklungsstadium der menschlichen Gesellschaft heraus, nämlich als der Kapitalismus den Feudalismus ablöste.<sup>6</sup> In diesem Prozess entstand die Nation als stabile Gemeinschaft von Menschen, die durch ein gemeinsames Territorium, ein gemeinsames Wirtschaftsleben, eine gemeinsame Sprache und Kultur miteinander verbunden sind. Im Afrika südlich der Sahara hatten sich die kapitalistischen Verhältnisse nicht organisch entwickelt, sondern waren den Gesellschaften aufgezwungen worden, die aufgrund jahrhundertelanger ausländischer Plünderung und Ausbeutung die halbfeudalen oder sogar vorfeudalen Verhältnisse noch nicht überwunden hatten. Im späten 19. Jahrhundert hatten die europäischen Mächte den Kontinent unter sich aufgeteilt, ohne historische, wirtschaftliche und ethnische Faktoren zu berücksichtigen. Am Ende der Kolonialherrschaft lebten im

<sup>6</sup> V. Y. Chirkin und Y. A. Yudin, *A Socialist-Oriented State: Instrument of Revolutionary Change*, Progress Publishers, Moskau, 1978, S. 95.

Kongo etwa 77 Stämme, von denen viele durch Grenzen zu Nachbarstaaten getrennt waren. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit in der Mitte des 20. Jahrhunderts sahen sich die afrikanischen Führer daher mit erheblichen Widersprüchen in ihren Gesellschaften konfrontiert. Wie der guineische Präsident und Revolutionär Sekou Touré bemerkte: „Im postkolonialen Afrika geht der Staat in der Regel der Nation voraus.“<sup>7</sup> Die Stammesidentität war also weitaus stärker entwickelt als das nationale Bewusstsein. Diese Tatsache – neben der jahrzehntelangen Politik des „teile und herrsche“ der Kolonialherren – bildete den Nährboden für Streitigkeiten zwischen den Stämmen und separatistische Konflikte im Zuge der Unabhängigkeit. Wie im Folgenden gezeigt wird, stellte diese Realität ein erhebliches Hindernis für die Konsolidierung des kongolesischen Staatsapparats dar.

## Unabhängigkeit unter einem Kompradorenregime (1958–1963)

Mit dem Voranschreiten des antikolonialen Kampfes und der Schwächung des französischen Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den afrikanischen Befreiungsbewegungen und der Kommunistischen Partei Frankreichs in den 1950er Jahren erfolgreich Paris politische Zugeständnisse abzurufen. Während einer innenpolitischen Krise und durch die Erkenntnis, dass die direkte Kolonialherrschaft in Afrika nicht mehr aufrechtzuerhalten war, änderte die politische Führung in Frankreich ihre Taktik und begann 1958, den FEA-Kolonien Autonomie zu gewähren. Um seine Verluste zu minimieren, versuchte Frankreich, eine Gruppe von einheimischen Verwaltern, Armeeeoffizieren und Diplomaten zu fördern, die die Interessen der Kolonialmacht nach der nationalen Unabhängigkeit schützen könnten. Während dieser Ansatz in jenen Staaten scheiterte, in denen Antiimperialisten die nationale Bewegung anführten (z. B. in Mali oder Guinea), konnte Frankreich auf viele andere nationalistische Parteien in Afrika erheblichen Einfluss gewinnen. In Französisch-Kongo beispielsweise führte der römisch-katholische Priester Abbé Fulbert Youlou einen konstitutionellen *Coup d'État* an und wurde 1958 der erste Premierminister der neuen Republik Kongo. Youlous Partei, die *Union démocratique de défense des intérêts africains* (UDDIA), war inbrünstig antikommunistisch und wollte die junge Republik nach kapitalistischen Grundsätzen entwickeln.

Wie der kongolesische Soziologe Melanchthon M'Pandzou feststellte, war die Regierung Youlou ein klassisches Beispiel für ein Kompradorenregime, das die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals sichern wollte.<sup>8</sup> Es wurden zahlreiche Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Frankreich unterzeichnet, um deren Einfluss auf Finanzen, Technologie und Bildung zu sichern. Verträge, die mit dem Tschad

---

<sup>7</sup> Zitiert in V. Y. Chirkin und Y. A. Yudin, S. 96.

<sup>8</sup> M'Pandzou, S. 65.

und der Zentralafrikanischen Republik unterzeichnet wurden, sicherten Frankreichs militärische Präsenz in Zentralafrika. Das Justizsystem war durchsetzt mit in Frankreich ausgebildeten Richtern und Anwälten. Youlou war damit einverstanden, die Grenzen aus der Kolonialzeit zu zementieren, anstatt eine panafrikanische Integration anzustreben, und behauptete, dass ein kapitalistischer Weg die schnellste wirtschaftliche Entwicklung des Landes herbeiführen würde. Er senkte die Kapitalverkehrskontrollen und reduzierte die Steuern für ausländische Unternehmen, die im Kongo tätig waren. Die Regierung zeigte auch kein Interesse am Aufbau eines staatlichen Sektors; die Investitionen machten nur 3,7 % des Staatshaushalts aus. Die Regierung begnügte sich damit, den Kongo auf die Rolle eines Rohstofflieferanten und eines Exportmarktes für die Westmächte zu reduzieren. Unterdessen blähte sich die Verwaltungsbürokratie auf: In nur drei Jahren verdoppelte sich die Zahl der Mitarbeiter. Bis 1963 wurde fast die Hälfte des Staatshaushalts für Personalkosten aufgewendet.



*Der kongolesische Präsident Fulbert Youlou hält die Hand des französischen Kulturministers André Malraux, um die offizielle politische Unabhängigkeit Kongos am 15. August 1960 zu feiern.*

Der Widerstand gegen das aufgeblähte und korrupte Regime von Youlou wuchs in den Jahren nach der Unabhängigkeit rasch an. In der Opposition kristallisierten sich zwei Gruppierungen heraus. Die erste, dem wissenschaftlichen Sozialismus zugewandte Gruppe war in den Gewerkschaften und der Jugendbewegung sehr präsent. Diese Gruppe vertrat Strategien einer [nicht-kapitalistischen Entwicklung](#), die die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, die Einführung einer Wirtschaftsplanung und engere wirtschaftliche Beziehungen zu den sozialistischen Staaten vorsahen, um ausländisches Kapital schrittweise aus dem Kongo zu verdrängen und die Grundlagen für einen sozialistischen Aufbau zu schaffen, ohne eine kapitalistische Entwicklungsphase durchlaufen zu müssen. Die zweite Gruppe vertrat die Idee eines „afrikanischen Sozialismus“, der die vermeintlich gemeinschaftliche und klassenlose Natur der vorkolonialen afrikanischen Gesellschaft wiederherstellen sollte. M'Pandzou bezeichnete diese Tendenz als „utopisch“ im Gegensatz zu wissenschaftlich, da sie den

Fortschritt eher durch eine geistige Revolution als durch eine rasche Verbesserung der materiellen Bedingungen im Kongo erreichen wollte.

## Die Revolution beginnt (1963–1966)

Nach nur drei Jahren an der Macht war Youlou so repressiv geworden, dass er einen Großteil seiner ursprünglichen Anhängerschaft verprellt hatte. Als er im August 1963 versuchte, die absolute Alleinherrschaft zu erlangen, riefen die Gewerkschaften zu einem Streik auf. Youlou ließ die Streikführer sofort verhaften, woraufhin in Brazzaville massive Proteste ausbrachen. Beim Versuch, die inhaftierten Gewerkschafter zu befreien, wurden Hunderte von Arbeitern getötet. Die französische Armee arbeitete zunächst mit Youlou zusammen, um den Aufstand niederzuschlagen, doch am 15. August war die Anti-Regierungsbewegung so überwältigend, dass Frankreich das Regime aufgab.<sup>9</sup>

Diese Revolution – unter dem Namen „*Trois glorieuses*“ bekannt geworden – wurde vor allem von den Gewerkschaften und der Jugendbewegung vorangetrieben, unterstützt von progressiven Elementen im Militär.<sup>10</sup> Es war nicht klar, wer in der unmittelbaren Folge die Macht übernehmen würde, da die Opposition nicht hinter einer politischen Plattform vereint war. Die Gewerkschaften und die Jugendbewegung waren nicht in der Lage, die führende Rolle im neuen Nationalrat zu übernehmen, und die Staatsmacht wurde nun von einer Koalition aus national-reformistischen und revolutionär-demokratischen Persönlichkeiten aus der Intelligenz, dem Militär und den Gewerkschaften kontrolliert. Im Dezember desselben Jahres wurde in einem Volksreferendum eine neue Verfassung angenommen, was einen wichtigen Schritt zur Demokratisierung der kongolesischen Gesellschaft darstellte. Die bürgerlich-demokratischen Rechte und politischen Strukturen waren nun in der Republik etabliert.<sup>11</sup> Der ehemalige Lehrer und Bildungsminister Alphonse Massamba-Débat wurde als Nachfolger von Youlou zum Präsidenten gewählt.

Die Einheit, die in Opposition zu Youlou geschmiedet worden war, zerbrach als die verschiedenen Klassen innerhalb des Bündnisses begannen, um die Vorherrschaft zu ringen. Konterrevolutionäre Kräfte, die vor allem aus dem Klerus, der katholischen Gewerkschaft und aus den Reihen der Kolonialsiedler stammten, versuchten, unter dem Slogan „Die Augustrevolution ist besser als das vorherige Regime. Aber das

---

<sup>9</sup> Nachdem er zunächst in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo Asyl erhalten hatte, zog Youlou nach Frankreich und dann in das von Franco regierte Spanien, wo ihm die französische Regierung 500.000 Francs zur Verfügung stellte.

<sup>10</sup> M'Pandzou, S. 72.

<sup>11</sup> Autorenkollektiv, 1988, S. 260.

Youlou-Regime ist besser als der Sozialismus“ Unterstützer um sich zu sammeln.<sup>12</sup> Unter der Führung der revolutionären Intellektuellen um Massamba-Débat schlossen sich die fortschrittlichen Kräfte zu einer national-demokratischen Massenpartei zusammen, die sich *Mouvement national de la révolution* (MNR) nannte. Auf ihrem Gründungskongress im Juli 1964 übernahm die MNR den wissenschaftlichen Sozialismus als ideologische Grundlage und lehnte den kapitalistischen Entwicklungsweg für den Kongo ab. Neben einem nationalen Gewerkschaftsbund (CSC) und einer revolutionären Frauenorganisation (URFC) wurde auch ein Jugendverband (*Jeunesse de MNR*) gegründet. Durch diese Umstrukturierung wurden zwar viele der pro-französischen Persönlichkeiten aus der politischen Landschaft verdrängt, aber die MNR stellte weiterhin eine antiimperialistische nationale Front dar, in der verschiedene Klassen und ideologische Strömungen nebeneinander existierten.<sup>13</sup>

Die nächsten Jahre waren von bedeutenden sozialen Errungenschaften und dem Aufbau eines grundlegenden staatlichen Sektors gekennzeichnet. Im ganzen Land wurden Gesundheitszentren und Schulen gebaut und die Republik rühmte sich bald der höchsten Einschulungsrate im tropischen Afrika.<sup>14</sup> In mehreren Städten wurden Textil-, Zement- und Holzverarbeitungsfabriken errichtet, um ein importsubstituierendes Entwicklungsmodell zu fördern und die neokolonialen Abhängigkeiten des Kongo zu verringern.<sup>15</sup> Die Regierung Massamba-Débat zögerte mit der Verstaatlichung von Unternehmen in ausländischem Besitz, da es praktisch keine einheimischen technischen Fachleute gab und ein gravierender Mangel an Technologien herrschte. Das koloniale System und das Regime von Youlou hatten in erster Linie Verwaltungsangestellte statt Ingenieure und Techniker ausgebildet. Die MNR startete daher Massenkampagnen, um eine Generation von technischen Fachkräften auszubilden.

Die MNR vollzog auch eine Wende in der Außenpolitik des Landes und knüpfte enge Beziehungen zum sozialistischen Block. Dutzende kongolesische Verwaltungsbeamte und Studenten wurden in die sozialistischen Länder geschickt, um dort eine technische und ideologische Ausbildung zu erhalten, während Hunderte sowjetischer und chinesischer Spezialisten im Kongo unterrichteten.<sup>16</sup> Die USA brachen 1965 die diplomatischen Beziehungen zu Brazzaville ab. Kubanische Truppen wurden eingeladen, bei der Umwandlung des kongolesischen Militärs in eine „nationale

---

<sup>12</sup> Pychtunov, „Programmatische Dokumente der Partei der Arbeit in Kongo-Brazzaville“ in *Partei und Staat in den Ländern mit sozialistischer Orientierung*, Akademie Verlag, Berlin, 1974, S. 231.

<sup>13</sup> M'Pandzou, S. 74.

<sup>14</sup> J. F. Clark, „Congo: Transition and the Struggle to Consolidate“, in *Political Reform in Francophone Africa* (1997).

<sup>15</sup> Kounkou, S. 28.

<sup>16</sup> V. Thompson und R. Adloff, *Historical Dictionary of the People's Republic of the Congo*, Scarecrow Press, Inc. 1984, London, S. 84.

Volksarmee“ zu helfen.<sup>17</sup> Die MNR gewährte außerdem den lumumbistischen Rebellen aus der benachbarten Demokratischen Republik Kongo Unterschlupf und gestattete den angolanischen Kämpfern der Volksbewegung zur Befreiung Angolas (*Movimento Popular de Libertação de Angola*, MPLA), kongolisches Territorium für Angriffe gegen die portugiesischen Kolonialtruppen zu nutzen.



1968: Der kongolische Präsident Massamba-Débat (Dritter von rechts) trifft Nicolae Ceaușescu (Fünfter von links), den Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei.

Die MNR-Regierung hatte zwar einen eindeutig antiimperialistischen Charakter, war aber auch durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom kapitalistischen Westen beschränkt. Wie der kongolische Außenminister Charles-Davin Ganao im August 1966 gegenüber einer DDR-Delegation erklärte, konnte Brazzaville nicht riskieren, durch die Aufnahme offizieller Beziehungen zur DDR die Beziehungen zur Bundesrepublik zu verlieren, da die BRD einer der wichtigsten Handelspartner des Kongo war und 60 Prozent der Holzexporte des Landes importierte.<sup>18</sup> Die Frage der Anerkennung der DDR war damals ein Hauptstreitpunkt unter den antiimperialistischen Kräften des gesamten Kontinents. Dabei ging es um viel mehr als nur um die Beziehungen zum sozialistischen Ostdeutschland. Wie Ganao erklärte, konnten die antiimperialistischen Kräfte eine klare Position gegen die vom Westen unterstützten Regime in Saigon und Seoul beziehen, aber wenn sie dasselbe gegen Bonn taten, riskierten sie, Käufer aus Westdeutschland und der EWG zu verlieren. Dies würde einen endgültigen Schritt über die Blockfreiheit hinaus in Richtung des sozialistischen Blocks bedeuten, der wirtschaftlich noch nicht in der Lage war, den Westen als Hauptimporteur

---

<sup>17</sup> Pychtunow, S. 231.

<sup>18</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

kongolesischer Waren abzulösen. Der Kongo unterhielt seine Beziehungen zu Westdeutschland also „unter dem Zwang der Notwendigkeit“ und nicht, weil sie „eine gemeinsame Ideologie teilten“. Ganao fasste das Dilemma des Kongo gegenüber der ostdeutschen Delegation nüchtern zusammen: „Die Wirtschaft des Landes gehört nicht dem kongolesischen Staat“.



Holz war das wichtigste Exportgut der Republik bis es in den 1970er Jahren vom Erdöl abgelöst wurde.

Mit dem Fortschreiten der Revolution gerieten die in der MNR zusammengeschlossenen Fraktionen zunehmend in Konflikt miteinander. Ende 1964 wurde eine Offensive gegen rechte Elemente innerhalb der Regierung und der Partei eingeleitet. Diese Initiative stärkte die Position der Linken, der Gewerkschaften und des Jugendflügels der MNR. Diese radikaleren Kräfte forderten eine schnellere Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und eine entschlossenerere Umstrukturierung des Staates zur Bekämpfung der bürokratischen Bourgeoisie. Die Bemühungen, die aufgeblähte Bürokratie der Youlou-Ära zu beschneiden, waren ins Stocken geraten, weil sie von vielen schnell als stammespolitisch motiviert empfunden wurden. Kürzungen waren jedoch dringend notwendig; 1964 machten die Beamten weniger als ein Prozent der Bevölkerung aus, verschlangen aber fast 62 Prozent der Staatseinnahmen.<sup>19</sup> Diese Bürokraten nutzten ihre hohen Gehälter häufig, um ihre Großfamilien zu unterstützen,

---

<sup>19</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 100.

was zu einer widersprüchlichen Situation in den Städten führte, wo die Arbeitslosigkeit hoch war, es aber kaum Bettler gab.

Massamba-Débat hatte versucht, einen zentristischen Kurs zwischen dem rechten und dem linken Flügel seiner Partei einzuschlagen.<sup>20</sup> Nachdem er in den Jahren 1964/65 den rechten Flügel aus dem Weg geräumt hatte, ging er 1966 gegen die Linke vor, insbesondere gegen maoistisch Orientierungen in der Partei. Im Juni 1966 kam es zu einem versuchten Staatsstreich durch linke Armeeoffiziere. Die Situation wurde jedoch deeskaliert nachdem kubanische Truppen Mitglieder der Regierung Massamba-Débat geschützt hatten, die daraufhin mit den Putschisten verhandelten. In der Folge wurde eine neue MNR-Charta verabschiedet, die die gestärkte Position der revolutionär-demokratischen Fraktion der Partei widerspiegelte. Ihre Forderungen konzentrierten sich auf die Strategie der nicht-kapitalistischen Entwicklung und eine stärkere Rolle des staatlichen Überbaus in diesem Prozess:

„[Es ist notwendig,] unter der Führung des Proletariats und auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft das städtische Kleinbürgertum, die nationale Bourgeoisie und fortschrittliche patriotische Elemente zu einen und zusammenzuschließen, um einen entschiedenen Sieg über Imperialismus, Feudalismus, kompradorische und bürokratische Bourgeoisie zu erringen. [Wir müssen] die nationale Unabhängigkeit bewahren, ein Regime der nationalen Demokratie errichten und Schritt für Schritt zum Sozialismus übergehen.“<sup>21</sup>

Diese neue Charta brachte auch eine Weiterentwicklung der Auffassung des MNR vom Staat und seiner Beziehung zur Partei zum Ausdruck. Der Partei, die nun als „Motor der Revolution“ bezeichnet wurde, wurde eine dominierende Rolle im Staatsapparat zugewiesen. Eine „Ständige Kommission“ wurde eingerichtet, um die tägliche Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Dies bedeutete eine Abkehr von der bürgerlichen Staatstheorie hin zu revolutionär-demokratischen Prinzipien. Man erkannte, dass der nicht-kapitalistische Weg sich nicht spontan entfalten würde; dieser Prozess würde die entschlossene Führung einer Partei erfordern, die über eine fundierte wissenschaftliche Analyse verfügte.<sup>22</sup> Die Revolutionäre im Kongo begannen, den Staat nicht als neutrale Instanz zu betrachten, sondern als ein Instrument, mit dem die Partei ihre Politik umsetzen würde.

---

<sup>20</sup> M'Pandzou, S. 78.

<sup>21</sup> Zitiert in Pychtunov, S. 232.

<sup>22</sup> Autorenkollektiv, 1988, S. 261.

## Eine „Korrektur der degenerierten Revolution“ (1966–1968)

Die ausgehandelte Einigung zwischen Massamba-Débat und der revolutionär-demokratischen Fraktion der Partei hielt nicht lange an. Ambroise Noumazalaye, der erste Sekretär des MNR und Galionsfigur des sowjetisch orientierten Flügels der Partei, hatte sich im Mai 1966 das Amt des Premierministers gesichert.<sup>23</sup> Bei einem Treffen mit einer DDR-Delegation im August 1966 analysierte Noumazalaye die verschärfte internationale und innenpolitische Situation mit der sein Land konfrontiert war: Nach einer großen Welle der nationalen Befreiung zu Beginn der 1960er Jahre hatte „der Imperialismus eine Gegenoffensive gestartet“ – dies zeigte sich in Vietnam, Indonesien, Ghana und Rhodesien.<sup>24</sup> Der sino-sowjetische Split hatte viele nationale Befreiungsbewegungen, darunter auch die MNR, gespalten und spielte damit objektiv den Imperialisten in die Hände. Wohl am wichtigsten ist, dass die Republik Kongo vom sozialistischen Block und den anderen antiimperialistischen Staaten in Afrika völlig isoliert war. Sie war von kapitalistisch orientierten Staaten umgeben, die häufig versuchten, den revolutionären Prozess zu destabilisieren. Die reaktionäre Regierung der Demokratischen Republik Kongo – die in Kinshasa saß, buchstäblich nur einen Steinwurf von Brazzaville auf der anderen Seite des Kongo-Flusses entfernt – war besonders aggressiv gegenüber der MNR.

---

<sup>23</sup> Noumazalaye war während seines Studiums in Frankreich Mitglied der Kommunistischen Partei Frankreichs gewesen und wurde allgemein als Kommunist angesehen. Siehe V. Thompson und R. Adloff, S. 162.

<sup>24</sup> Vietnam: Die USA inszenierten 1964 den „Tonkin-Zwischenfall“ in Vietnam, um einen *casus belli* zu schaffen. Indonesien: Die G30S-Bewegung von 1965 wurde als Vorwand für die massive Repression gegen die Kommunistische Partei Indonesiens benutzt. Ghana: Die revolutionäre Regierung von Kwame Nkrumah wurde 1966 von reaktionären Kräften gestürzt, die mit dem Westen kollaborierten. Rhodesien: Der bewaffnete Kampf Simbabwe für die nationale Unabhängigkeit begann 1964; das weiße koloniale Siedlerregime rief 1965 eine von einer Minderheit geführte Republik aus.



Ein feindliches Umfeld: Brazzaville war sowohl mit den portugiesischen Kolonialmächten in Angola (insbesondere in der benachbarten Enklave Cabinda) als auch mit der antikommunistischen Regierung in Kinshasa konfrontiert.

In Anbetracht dieser kritischen Situation setzten sich Noumazalaye und seine Verbündeten im Politbüro für die Gründung einer Avantgardepartei ein, die besser in der Lage wäre, die Herausforderungen des kongolesischen Kampfes zu bewältigen. Als Massenpartei war die MNR nicht diszipliniert und geeint genug, um die sozialistisch orientierte Politik weiterzuführen:

„Die Republik Kongo blickt jedoch mit Zuversicht in die Zukunft. Die Fehler, die in Algerien, Mali, Guinea und Ghana gemacht wurden, sollten im Kongo nicht wiederholt werden. Über kurz oder lang werden die marxistischen Kräfte eine in den Massen verankerte Avantgardepartei schaffen. Die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Partei ist in der MNR erst seit Februar [1966] richtig erkannt worden.“<sup>25</sup>

Die MNR war, wie Noumazalaye bemerkte, „keine fest geeinte Partei“.<sup>26</sup> Sie sei „in der Hitze des revolutionären Prozesses“ entstanden und es gebe „noch viele Illusionen [innerhalb der Partei] über das Wesen des Imperialismus“. Gleichzeitig stellte der Tribalismus ein ernsthaftes Hindernis für den Fortschritt dar, da er das nationale Bewusstsein objektiv behinderte und zu stammesbedingten Konflikten um die Verteilung von Positionen im Staatsapparat führte. In Anbetracht dieser Realitäten erklärte Noumazalaye, dass „die marxistischen Kräfte verpflichtet sind, sich nicht zu schnell zu bewegen, da sie sich sonst von den Massen isolieren“. Nichtsdestotrotz

<sup>25</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

<sup>26</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

müsse die Revolution „die innere Kraft für ihre eigene Transformation“ aufbringen, sonst drohe ihr das gleiche Schicksal wie Nkrumahs Ghana.<sup>27</sup>



*Frauen bei der Arbeit im staatlichen Textilunternehmen des Kongo, SOTEXCO.*

Der Konsens, der in der Charta von 1966 ausgehandelt worden war, hielt den größten Teil des folgenden Jahres an. Doch im Januar 1968 startete Präsident Massamba-Débat eine neue Offensive gegen die Linke und entfernte Noumazalaye und seine Verbündeten aus der Regierung. Sie wurden durch konservativere Persönlichkeiten wie Nicolas Mandjo, den Botschafter des Kongo in Frankreich, ersetzt, der nun zum Außenminister ernannt wurde.<sup>28</sup>

Angesichts dieser Entwicklungen und der Stagnation der Revolution hielt die Studentenorganisation in Brazzaville im Juli desselben Jahres einen Kongress ab und verabschiedete eine Resolution, in der die linksfeindliche Politik der Regierung verurteilt wurde. Da er um seine Position fürchtete, ordnete Massamba-Débat die Verhaftung derjenigen an, die er hinter der Resolution vermutete. Darunter befand sich auch ein populärer Fallschirmjägerkommandant namens Marien Ngouabi. Anschließend setzte Massamba-Débat die Verfassung von 1963 außer Kraft und löste die Nationalversammlung und das Politbüro der MNR auf. Dies löste spontane

---

<sup>27</sup> C. Mährdel und N.A. Simonija, „Besonderheiten der Herausbildung von Parteien und ihrer Wechselbeziehungen zum Staatsapparat in Ländern nichtkapitalistischer Entwicklung“ in *Partei und Staat in den Ländern mit sozialistischer Orientierung*, Akademie Verlag, Berlin, 1974, S. 31.

<sup>28</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

Massendemonstrationen der Studenten- und Jugendbewegung aus, die denen genau fünf Jahre zuvor in den *Trois glorieuses* nicht unähnlich waren.<sup>29</sup> Ngouabi wurde zwei Tage später von seinen Soldaten aus dem Gefängnis befreit und ein Nationaler Revolutionsrat (CNR) mit Ngouabi an der Spitze wurde gebildet, der das aufgelöste Politbüro der MNR ersetzte. Der CNR ließ alle politischen Gefangenen frei und ernannte eine neue provisorische Regierung, der sowohl linke als auch gemäßigtere Kräfte angehörten, um die politische Lage zunächst zu stabilisieren. Ngouabi rechtfertigte öffentlich das Eingreifen der Armee mit der Begründung, dass „der alte [Staats-]Apparat, der aus der Revolution im August 1963 hervorgegangen war, durch den Tribalismus unwirksam geworden war und daher zerschlagen werden musste“.<sup>30</sup>



*Die Führer des CNR, Hauptmann Marien Ngouabi (Mitte) und Hauptmann Alfred Raoul (rechts), mit dem verhafteten Präsidenten Alphonse Massamba-Débat (links) im August 1968.*

Diese Dynamik – die Stagnation und der Zusammenbruch der Massenpartei während des revolutionären Prozesses – war nicht nur im Kongo zu beobachten. Ähnliche Entwicklungen waren in Mali, Algerien und Syrien zu beobachten. Im revolutionären Prozess dieser Staaten kam ein Punkt, an dem die pluralistische Nationale Front nicht mehr in der Lage war, die nichtkapitalistische Strategie voranzutreiben. Wie M'Pandzou abschließend feststellte:

„Die Politik des MNR war einer der ersten Versuche im subsaharischen Afrika, den Staat zu einem Instrument des gesellschaftlichen Fortschritts zu machen. Damit sollte die neokoloniale, antidemokratische und profranzösische Politik des Youlou-Regimes überwunden werden. Der Staatsapparat sollte verändert,

---

<sup>29</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 12.

<sup>30</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

demokratisiert und effektiv gestaltet werden. Dieser Versuch blieb in den Anfängen stecken, vor allem weil Differenzen in der Führung der MNR ein einheitliches Vorgehen der progressiven Kräfte verhinderten.

Es fehlten überdies Erfahrungen, um eine realistische Konzeption der Umgestaltung des Staatsapparates unter diesen komplizierten Bedingungen auszuarbeiten. Daraus erklären sich in hohem Maße die Nutzung bürgerlicher Formen der Macht einerseits und ‚linkes‘ unreales Vorpfehlen andererseits. Dessenungeachtet wurden ersten Schritte gemacht, an die die nachfolgenden revolutionär-demokratischen Kräfte anknüpfen konnten.“<sup>31</sup>

Die marxistischen Kräfte im Kongo bezeichneten später die Zeit von 1963 bis 1968 als die „erste Etappe der nationaldemokratischen Volksrevolution“.<sup>32</sup> Die Aufgabe bestand nun darin, einen neuen Staatsapparat aufzubauen, der im Dienste der Revolution stand. Dies erforderte die Bildung einer einheitlichen und entschlossenen Avantgardepartei, die über ein wissenschaftliches Programm und erfahrene Kader verfügte, um den Aufbau einer neuen Gesellschaft bewusst zu leiten. Unter der Führung von Nguabi leiteten fortschrittliche Armeeoffiziere nun den Prozess ein, der von revolutionären Intellektuellen wie Noumazalaye seit Anfang 1966 propagiert worden war.

## Der Beginn einer neuen Etappe der Revolution (1968–1970)

Das erste Jahr der neuen Regierung war geprägt von einem internen Machtkampf innerhalb der CNR zwischen den Linken und den Gemäßigten. Die Linken, angeführt von Hauptmann Nguabi, befürworteten eine beschleunigte Verstaatlichung ausländischer Unternehmen und engere Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Die Gemäßigten, angeführt von Kongos neuem Präsidenten, Hauptmann Alfred Raoul, argumentierten, dass das Land es sich nicht leisten könne, die Beziehungen zum kapitalistischen Westen zu verlieren, und daher keine übereilten Verstaatlichungen riskieren dürfe. In diesen Auseinandersetzungen spielte die Frage der Anerkennung der DDR erneut eine zentrale Rolle, da sie die zukünftige Richtung der Revolution bestimmen würde. Die Rolle des westdeutschen Kapitals in der kongolesischen Wirtschaft hatte sich während der Präsidentschaft von Massamba-Débat ausgeweitet; neben dem größten Abnehmer der kongolesischen Holzexporte hatten westdeutsche Firmen inzwischen mehrere landwirtschaftliche Verarbeitungsbetriebe und die einzige Zementfabrik des Landes gebaut und damit Einfluss auf alle Baupläne genommen.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> M'Pandzou, S. 80–81.

<sup>32</sup> M'Pandzou, S. 80.

<sup>33</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

Der Kern dieses Streits drehte sich um den Klassencharakter der Revolution: Würden kleinbürgerliche Kräfte weiterhin eine nationale Front anführen, oder war es an der Zeit, endgültig zu einer „Volksrepublik“ vorzustoßen, die auf der Macht der Arbeiter und Bauern beruhte? Ende 1969 hatten Nguoubi und die revolutionär-demokratische Fraktion die Oberhand über die gemäßigten Kräfte gewonnen, indem sie sich die Unterstützung der Jugendbewegung, der Gewerkschaften und bedeutender Teile des Militärs sicherten.<sup>34</sup> Im CNR wurde beschlossen, eine Avantgardepartei der Werktätigen zu schaffen und eine entschlossenerere wirtschaftliche Strategie zu verfolgen. Es wurde argumentiert, dass eine Intensivierung der Beziehungen mit dem sozialistischen Weltsystem dazu beitragen würde, „die Kette zu lösen, die uns an die kapitalistischen Staaten bindet“.<sup>35</sup>

Im Dezember 1969 wurde in Brazzaville ein Kongress einberufen, um die neue Partei – die *Parti congolais du travail* (Kongolesische Partei der Arbeit, PCT) – als Avantgarde der Werktätigen mit dem Marxismus-Leninismus als ideologischem Fundament zu gründen; sie war die erste Regierungspartei in Afrika südlich der Sahara, die dies tat. Ein neuer Staat – die *République populaire du Congo* (Volksrepublik Kongo) – wurde proklamiert, zusammen mit einer neuen Verfassung, die wiederum eine deutliche Abkehr vom bürgerlichen Verfassungsrecht bedeutete. Der Klassencharakter und die soziale Substanz des Staates wurden in der Verfassung nun ausdrücklich genannt, wobei das „arbeitende Volk“ als Träger der kongolesischen Revolution bezeichnet wurde. Die verschiedenen Eigentumsformen wurden festgelegt und dem öffentlichen Eigentum wurde Vorrang eingeräumt. Der PCT wurden Verwaltungs- und Kontrollfunktionen über den Staatsapparat zugesichert, wobei Artikel 5 besagte, dass „die Vertreter des Volkes in allen Organen der Staatsmacht den Parteiorganen gegenüber verantwortlich sind“<sup>36</sup>. Der Vorrang der Partei vor dem Staat wurde somit in der Verfassung verankert. Die neue Volksrepublik würde immer noch auf das alte, in der Kolonial- und Youlou-Ära ausgebildete Verwaltungspersonal zurückgreifen müssen, aber die führende Rolle der PCT stellte sicher, dass diese Bürokraten kontrolliert und für die Revolution eingesetzt werden konnten.

---

<sup>34</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

<sup>35</sup> So beschrieb es Pierre Nzé, ein linkes Mitglied des CNR, gegenüber einem DDR-Diplomaten. Siehe Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

<sup>36</sup> V. Y. Chirkin und Y. A. Yudin, S. 141.



*Die Ausrufung der Volksrepublik Kongo im Dezember 1969: Ngouabi präsentiert die neue Flagge des Landes.*

## Der Kampf um die Definition der Volksdemokratie im Kongo (1970–1972)

Eine revolutionäre Partei wird durch die Praxis geschmiedet, nicht durch Dekrete. Die Delegierten des Kongresses 1969 hatten zwar ein Parteistatut verabschiedet, konnten sich aber noch nicht auf ein Parteiprogramm einigen. Zwischen den maoistischen und marxistisch-leninistischen Fraktionen herrschte noch Uneinigkeit über das geeignete Modell für die weitere Entwicklung der Partei und des Landes.<sup>37</sup> Die PCT bestand ursprünglich aus nur 160 Mitgliedern. Sollte sie eine elitäre Kaderpartei bleiben oder sollte sie sich den Massen öffnen? Welchen Grad an Autonomie sollten die neuen Massenorganisationen gegenüber der PCT haben? Welche Rolle hatte die nationale Bourgeoisie auf dem nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg des Kongo zu spielen? Und wie schnell konnte das ausländische Kapital aus der nationalen Wirtschaft verdrängt werden? Diese Fragen sollten die nächsten zwei Jahre bestimmen, in denen die PCT darum kämpfte, Einheit im Handeln zu finden.

Trotz dieses politischen Kampfes innerhalb der PCT wurden große Anstrengungen unternommen, um die breiteren Massen in die Diskussion um das Parteiprogramm einzubeziehen. Die PCT organisierte Massenversammlungen und Bildungsseminare im ganzen Land, um die sozioökonomische Situation und die Aufgaben der aktuellen Phase

---

<sup>37</sup> Bundesarchiv, Akte M 1-C/920-74.

der Revolution zu diskutieren.<sup>38</sup> Diese Entwicklungen spiegelten eine weitere Vertiefung der Demokratisierung der Revolution wider.



*Ngouabi, der ursprünglich aus der ärmeren Region im Norden des Kongo stammt, unternahm ausgedehnte Reisen in die ländlichen Gebiete, um die Probleme des Agrarsektors zu erkunden.*

In dieser Übergangszeit konzentrierte sich die PCT in erster Linie auf die Kaderschulung. Die Botschaften der sozialistischen Staaten wurden um Unterstützung gebeten, wobei die UdSSR Material wie Lenins Werke lieferte und die Botschaften von Vietnam, Korea und Kuba Lesezirkel organisierten.<sup>39</sup> Die Partei beabsichtigte, in allen Betrieben und Einrichtungen Revolutionskomitees zu bilden, die als „Instrumente der Diktatur der nationalen Demokratie“ fungieren sollten. Diese „RevComms“ hatten die Aufgabe, die führende Rolle der PCT auf lokaler Ebene zu verankern, indem sie die Massen mobilisierten und sie mit der Partei bekannt machten.<sup>40</sup>

1970 begann die Regierung Ngouabi, den Inlands- und Außenhandel stärker zu kontrollieren und verschiedene Bereiche der kongolesischen Wirtschaft wurden

---

<sup>38</sup> Bundesarchiv, Akte M 1-C/920-74.

<sup>39</sup> Für die ideologische Schulung lieferte die UdSSR große Mengen an Lenin-Werken in die VR Kongo. Die PCT bat die sowjetischen, vietnamesischen, koreanischen und kubanischen Botschaften, Lesezirkel zu organisieren. Außerdem wurde im April 1970 anlässlich des 100. Geburtstags von Lenin eine Kampagne mit dem Titel „Lenin-Woche“ organisiert. Siehe Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

<sup>40</sup> Pychtunov, S. 240 und Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

verstaatlicht, darunter die Kongo-Ozean-Eisenbahn sowie alle Straßen, Brücken und Flughäfen.<sup>41</sup> Auch die in französischem Besitz befindlichen landwirtschaftlichen Raffinerien und Holzunternehmen wurden verstaatlicht, wodurch 80.000 Hektar Waldland in öffentliches Eigentum übergingen.<sup>42</sup> Da benachbarte afrikanische Staaten häufig Kapitalanteile an den zur Verstaatlichung vorgesehenen Verarbeitungsbetrieben hielten, versuchte die PCT, vorsichtig vorzugehen.<sup>43</sup> Frankreich reagierte auf die Verstaatlichungen mit der Forderung nach einer raschen Rückzahlung der hohen Schulden, die Brazzaville bei der alten Kolonialmacht hatte. Daraufhin leitete die PCT eine weitere Verstaatlichungswelle ein und verhängte strenge Beschränkungen für französische Unternehmen, die im Kongo tätig waren.<sup>44</sup> Brazzaville zog sich daraufhin aus der zwischenstaatlichen *Organisation Commune Africaine et Malgache* (OCAM) zurück, die von Frankreichs imperialistischem Einfluss dominiert worden war.<sup>45</sup> In einigen Fällen konnte die PCT die französischen Techniker, die in diesen ehemals privaten Unternehmen arbeiteten, übernehmen, doch der Mangel an Fachkräften behinderte den staatlichen Sektor des Kongo erheblich.<sup>46</sup> Vor allem im Holzbereich gerieten die Initiativen zur Schaffung einer einheimischen Verarbeitungsindustrie ins Stocken, da es an Kapital, Fachwissen und Kenntnissen über die Bedingungen auf den hochspezialisierten Weltholzmärkten fehlte.<sup>47</sup>

Auch in der Außenpolitik ergreift die Partei mutigere Initiativen. Auf dem Gründungskongress im Dezember 1969 hatten die Delegierten den Beschluss zur offiziellen Anerkennung der DDR gefasst, womit die VR Kongo einer der ersten Staaten südlich der Sahara war, der dies tat.<sup>48</sup> Im März 1970 folgte ein Handels- und Kreditabkommen mit der DDR im Wert von 6 Millionen US-Dollar.<sup>49</sup> Die Regierung Ngouabi begann mit der Normalisierung der Beziehungen zum Nachbarland Kongo-Kinshasa, um die Spannungen in der Region abzubauen und die Isolation der Volksrepublik Kongo zu verringern. Man hoffte, dass der innerafrikanische Handel – trotz ideologischer Differenzen – dazu beitragen könnte, die Abhängigkeit von den westlichen Märkten zu verringern. Dieser Schritt wurde jedoch von maoistischen Mitgliedern des Zentralkomitees der PCT scharf verurteilt, die nicht mit Mobutus Kompradorengime in Kinshasa verhandeln wollten, insbesondere nachdem Pierre Mulele – ein kongolesischer Maoist und ehemaliger Minister unter Patrice Lumumba – 1968 aus

---

<sup>41</sup> Pychtunow, S. 246.

<sup>42</sup> Bundesarchiv, Akte M 1-C/920-74.

<sup>43</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

<sup>44</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 14.

<sup>45</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 81.

<sup>46</sup> Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

<sup>47</sup> Thompson und R. Adloff, S. 93.

<sup>48</sup> Zwei Mitglieder des neuen Zentralkomitees der PCT hatten ebenfalls eine ideologische Ausbildung in Ostdeutschland erhalten. Siehe Bundesarchiv, Akte DY 30-98154.

<sup>49</sup> Bundesarchiv, Akte DL2-10588.

seinem Exil in Brazzaville herausgelockt und in Kinshasa brutal zu Tode gefoltert worden war.

## Der Aufbau eines neuen Staatsapparats (1972)

Bis Ende 1972 hatten Nguabi und seine Verbündeten zahlreiche Versuche überlebt, die junge Regierung zu stürzen.<sup>50</sup> Diese Angriffe erreichten im Februar 1972 einen Höhepunkt als es bewaffneten Maoisten beinahe gelungen wäre, Nguabi zu stürzen. Nach dem Sieg über die aufständischen Offiziere waren die PCT und die Jugendorganisation zahlenmäßig geschwächt, aber die marxistisch-leninistische Fraktion hatte ihre Position in der Partei gefestigt.



*Ngouabi nimmt auf dem Zweiten Außerordentlichen Kongress im Dezember 1972 Geschenke an die PCT von internationalen Delegierten entgegen.*

---

<sup>50</sup> Im März 1970 versuchten (wahrscheinlich von der CIA unterstützte) Söldner, die Regierung der PR Kongo zu stürzen. Im November 1971 organisierten ultralinke Studenten Streiks in Brazzaville und Pointe-Noire. Maoistisch gesinnte Elemente wurden daraufhin aus der PCT ausgeschlossen. Als Vergeltung führten die pro-chinesischen Minister Ange Diawara und Claude-Ernest N'dalla im Februar 1972 einen bewaffneten Staatsstreich gegen Nguabi an und waren dem Sieg sehr nahe. Sie wurden schließlich gefangen genommen und hingerichtet.

Mit diesem Sieg wurden die internen Streitigkeiten beendet und auf dem Zweiten Außerordentlichen Kongress im Dezember 1972, zwei Jahre nach der Gründung der PCT, schließlich ein Parteiprogramm angenommen. Das Programm wies die ultralinke Parole zurück, dass die VR Kongo bereits ein sozialistischer Staat geworden sei, indem sie einfach den Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage angenommen habe. Stattdessen konstatierte es, dass noch ein langer Weg vor dem Kongo liege, bevor das Land mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen könne. Die gegenwärtige Phase der Revolution wurde nun offiziell als „national-demokratische Volksrevolution“ bezeichnet:

„National, weil diese Etappe darauf abzielt, die Vorherrschaft des französischen Imperialismus zu stürzen, der die nationale Wirtschaft kontrolliert und somit auch objektiv die politische Situation kontrolliert. Diese Etappe zielt auch darauf ab, die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Konsolidierung der kongolesischen Nation zu schaffen, indem die Grundlagen des Tribalismus und Regionalismus beseitigt werden.

Demokratisch, weil sie darauf abzielt, die Herrschaft einer Minderheit über die große Mehrheit des Volkes zu ersetzen; weil sie sich auf die Volksmassen stützt (insbesondere die Arbeiter, Bauern und revolutionären Intellektuellen), und [die Revolution] ist ihr Werk unter dem Banner der PCT.

Populär schließlich, weil sie beginnt, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen für die nächste Etappe, die sozialistische Revolution, zu schaffen. Dies geschieht durch die Förderung aller notwendigen objektiven, psychologischen und subjektiven Bedingungen und durch die Mobilisierung der breiten ausgebeuteten Massen unter dem Banner des Proletariats und seiner Avantgarde, der PCT.“<sup>51</sup>

Die Priorität in dieser Phase der Revolution war die Lösung der Frage der Staatsmacht. So heißt es in Artikel 4 des neuen Parteiprogramms:

„Der heutige Staat ist ein Erbe des Kolonialismus. Die Maschinerie der neokolonialen Herrschaft muss zerschlagen und durch eine revolutionäre, demokratische Volksrepublik ersetzt werden.“<sup>52</sup>

Dieser Gedanke der Zerschlagung und Ersetzung des alten Staates war von Lenin 1917 in *Staat und Revolution* formuliert worden. Die sozialistischen Staaten, die in Osteuropa

---

<sup>51</sup> M. Ngouabi, *Vers la construction d'une société socialiste en Afrique*, Paris, 1975, S. 52–53.

<sup>52</sup> Artikel 4 des PCT-Programms von 1972. Zitiert in M'Pandzou, S. 81 und V. Y. Chirkin und Y. A. Yudin, S. 124.

errichtet worden waren, entstanden jedoch nicht aus einem neokolonialen Kontext heraus. In Subsahara-Afrika war dies eine qualitativ neue Aufgabe, die einen eigenen Ansatz erforderte. Bei der Untersuchung der Frage des revolutionären Staates im postkolonialen Kontext stellten die sowjetischen Wissenschaftler Cirkin und Judin fest, dass die Zerstörung des alten und die Bildung eines neuen Staatsapparates, „die ein allgemeines Gesetz echter Volksrevolutionen ist, in jedem Land einem spezifischen Muster folgt, das von den konkreten historischen Bedingungen der revolutionären Entwicklung abhängt“.<sup>53</sup> In Russland zum Beispiel wurde der bürgerliche Staatsapparat nach der Oktoberrevolution relativ schnell zerschlagen, und die bereits bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte (die Sowjets) wurden rasch „zum Bollwerk des neuen Verwaltungsapparats“. In den Volksdemokratien Osteuropas hingegen waren „die alten Formen parlamentarischer, kommunaler Selbstverwaltungs- und Verwaltungsinstitutionen über einen längeren Zeitraum in Gebrauch“, bevor sie in einem relativ langwierigen Prozess nach sozialistischen Prinzipien grundlegend umgestaltet wurden.

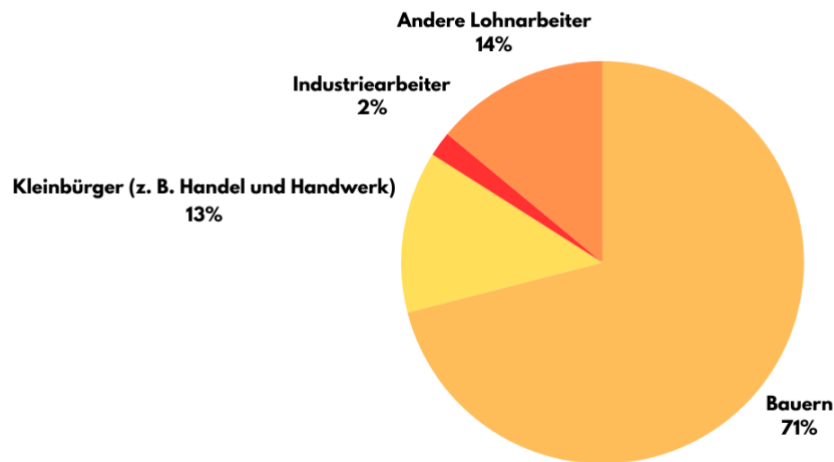
„Diese Beispiele zeigen, dass das Tempo, die Wege und die Methoden der Beseitigung des alten und der Bildung eines neuen Staatsapparates sehr unterschiedlich sein können. Sie hängen ab vom Verhältnis der Klassenkräfte im jeweiligen Land und auf der internationalen Bühne, vom friedlichen oder nicht friedlichen Verlauf des revolutionären Prozesses, vom Vorhandensein demokratischer Traditionen und vielen anderen Faktoren.“

Die Bedingungen im Kongo stellten die PCT vor einzigartige Herausforderungen. Die kongolesische Wirtschaft wurde immer noch von ausländischem Kapital beherrscht. Gleichzeitig waren viele Aspekte der kongolesischen Gesellschaft, insbesondere im ärmeren Norden, weiterhin von vorgefeudalen Verhältnissen geprägt. Stammesdenken war weit verbreitet und stellte ein offenes Tor dar, durch das konterrevolutionäre Kräfte die Kämpfe befeuern konnten. Schließlich hatte die PCT auch einen aufgeblähten Staatsapparat mit einer großen Klasse von kolonial ausgebildeten Bürokraten geerbt, die darauf bedacht waren, ihre Privilegien zu erhalten.

---

<sup>53</sup> V. Y. Chirkin und Y. A. Yudin, S. 124.

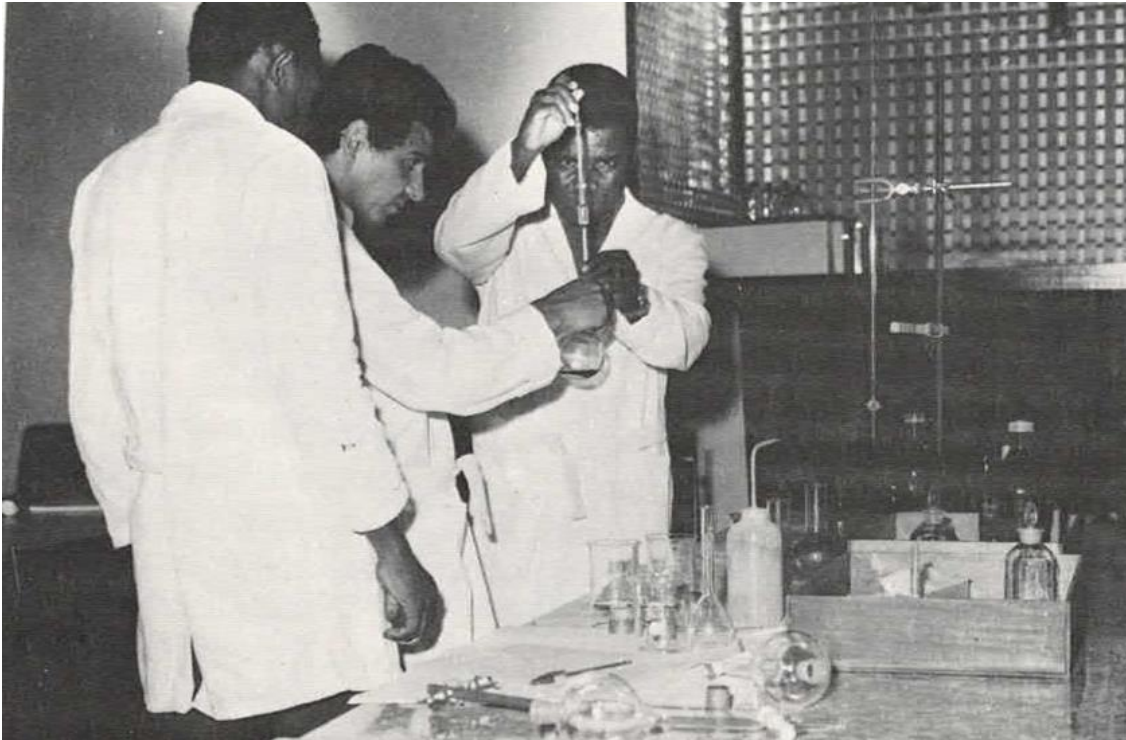
## Die werktätige Bevölkerung der VR Kongo (1972)



*Anfang der 1970er Jahre führte die DDR-Doktorandin Lizzy Derz in Zusammenarbeit mit PCT-Kadern eine Studie über die Arbeitskräfte in der VR Kongo durch, die damals etwa 510.000 Personen umfassten.*

Vor diesem Hintergrund wusste Nguabi, dass der Aufbau einer neuen Gesellschaft nicht spontan erfolgen würde, sondern einen effizienten Staatsapparat erforderte, der von einer wissenschaftlichen Analyse und Strategie geleitet wurde. Alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen mussten nach den Erfordernissen der Revolution geformt und vereinigt werden. Wenn sich Teile des Staatsapparats – wie das Militär – von der Partei abspalteten, würde die Revolution schnell scheitern, so wie es in Ghana und Mali in den 1960er Jahren der Fall war. Im Rahmen der Verfassung musste die Partei zur politischen (wenn auch nicht administrativen) Führung des Staatsapparats verpflichtet werden; sie musste die Tätigkeit der Staatsorgane ausrichten, überprüfen und anweisen.

Um den Tribalismus zu bekämpfen, betonte Nguabi die Notwendigkeit einer materialistischen Analyse: Unter dem Kolonialismus habe es eine objektive Ungleichheit zwischen den ethnischen Stämmen in Bezug auf die sozioökonomische und kulturelle Entwicklung gegeben. Diese Wurzeln des Tribalismus müssten durch eine verstärkte Entwicklung in den ärmeren nördlichen Regionen beseitigt werden. Das Nationalbewusstsein sollte auf einer nicht-kapitalistischen Grundlage gefördert werden, wobei sich die Massen um die Revolution scharen sollten. Gleichzeitig müssten in allen staatlichen Organen und militärischen Einheiten Parteikomitees eingerichtet werden, um tribalistische Tendenzen entschlossen zu bekämpfen und diese Institutionen an die revolutionäre Sache zu binden.



*Als starker Verfechter der Wissenschaft vertrat Marien Nguabi die Idee, dass wissenschaftliche Gesetze nicht nur die natürliche Welt, sondern auch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmen. Hier nimmt er an einer Chemiestunde an der Universität von Brazzaville (heute Université Marien Nguabi) teil.*

Ngouabi legte den Klassencharakter der jungen Volksdemokratie dar: „Wir kämpfen für die Diktatur des Proletariats, und der erste Schritt zur Machtübernahme durch das Proletariat ist die Diktatur der Mehrheit.“<sup>54</sup> Das wichtigste Element dieser Einheitsfront war die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und der revolutionären Intelligenz. Die mittlere Bourgeoisie, die kleinen Kaufleute und Handwerker, standen im Widerspruch zum Imperialismus und konnten daher ebenfalls eine fortschrittliche Rolle spielen. Diese Idee war eine Ausarbeitung von Lenins Theorie der „revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“, angepasst an den neokolonialen Kontext.<sup>55</sup>

Dementsprechend wurden in städtischen und ländlichen Gebieten neue lokale demokratische Organe eingerichtet. In deren Versammlungen sollten alle Klassen vertreten sein, und auch Nicht-PCT-Mitglieder konnten gewählt werden.<sup>56</sup> Das Parlament wurde 1973 neu konstituiert, und die Zahl der Abgeordneten wurde verdoppelt, um eine angemessene Vertretung der ländlichen Gebiete zu gewährleisten. Die neue Verfassung, die auf dem Kongress von 1972 ausgearbeitet worden war, wurde im Juni 1973 in einer Volksabstimmung angenommen und erhielt die Zustimmung von

---

<sup>54</sup> M. Nguabi, S. 49.

<sup>55</sup> Autorenkollektiv, 1988, S. 263.

<sup>56</sup> V. Y. Chirkin und Y. A. Yudin, S. 138.

73,5 Prozent der Wählerschaft.<sup>57</sup> All diese Maßnahmen spiegelten eine weitere Revolutionierung und Demokratisierung des politischen Prozesses wider.

## Die Ära Nguabi und die Entdeckung des Erdöls (1972–1977)

Die Konsolidierung der nationaldemokratischen Revolution von 1972 führte Mitte der 1970er Jahre zu einer optimistischen und entschlossenen Stimmung im Kongo.<sup>58</sup> Die Regierung Nguabi ergriff neue wirtschaftliche Maßnahmen, um den Einfluss des ausländischen Kapitals einzuschränken. Dazu gehörten die Verstaatlichung des Bodens, die Beschränkung des Transfers von Gewinnen ins Ausland, die Erhöhung der öffentlichen Anteile an privaten Bergbauunternehmen, ein staatliches Monopol für die Vermarktung von Holz und die Aufhebung alter Abkommen mit Frankreich.<sup>59</sup> Der PCT setzte auch das Ziel, alle Experten und Techniker aus Frankreich durch kongolesische Kader zu ersetzen, die in den sozialistischen Staaten ausgebildet worden waren. 1974 wurden alle Handelsunternehmen verpflichtet, ihr Personal zu „kongolisieren“. Ausländische Investitionen und Techniker wurden nur noch in bestimmten Sektoren zugelassen, und sie mussten einen Plan für ihre künftige Ersetzung durch kongolesische Mittel und Kader vorlegen.<sup>60</sup>



*Ngouabi (links) trifft sich im August 1974 mit führenden Vertretern der MPLA. Die PCT war ein wichtiger Verbündeter der Befreiungsbewegung im benachbarten Angola und unterstützte die MPLA bei der Einrichtung von Militärstützpunkten entlang der Grenze.*

Die Gründung der Volksrepublik fiel auch mit einer schicksalhaften wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zusammen. Nach jahrelangen Spekulationen hatten französische und italienische Unternehmen 1969 entlang der kongolesischen Küste riesige Offshore-Ölvorkommen entdeckt. Brazzaville hatte diesen Unternehmen

---

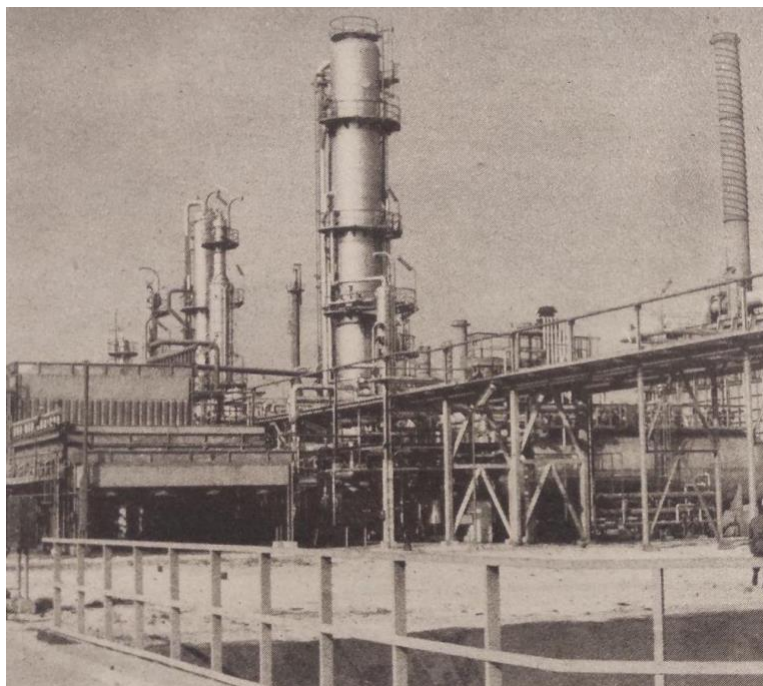
<sup>57</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 15.

<sup>58</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 16

<sup>59</sup> Bundesarchiv, Akte M 1-C/920-74.

<sup>60</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 16.

Bohrgenehmigungen erteilt, wohl wissend, dass die Einheimischen weder über das nötige Wissen noch über die nötige Technologie verfügten. Im Gegenzug sollten diese ausländischen Unternehmen 20 Prozent ihrer jährlichen Einnahmen an den kongolesischen Staatshaushalt abführen.<sup>61</sup> Die französische Elf-Aquitaine und die italienische ENI machten bald ein Vermögen, indem sie den größten Teil des kongolesischen Ölreichtums abschöpften. Die Einnahmen aus den 20-prozentigen Anteilen verbesserten jedoch die kongolesische Handelsbilanz, so dass 1975 zum ersten Mal ein Handelsüberschuss verzeichnet wurde. Dieses Glück trug dazu bei, die optimistische Stimmung in Brazzaville zu verstärken. Ein ehrgeiziger neuer nationaler Entwicklungsplan spiegelte diesen Optimismus wider. Mit dem Ziel, schrittweise die Kontrolle über den neuen lukrativen Erdölsektor zu übernehmen, forderte die PCT einen größeren Anteil an den Gewinnen von Elf und ENI und gründete eine staatliche Erdölgesellschaft namens Hydrocongo. Als amerikanische Ölgesellschaften auftauchten, um von den neuen Entdeckungen zu profitieren, legte Brazzaville fest, dass die Hälfte ihrer Einnahmen schließlich an Hydrocongo abgeführt werden musste.



*Die Ö raffinerie des staatlichen Unternehmens Hydrocongo in der Stadt Pointe-Noire.*

Die Entdeckung von Offshore-Öl war ein zweischneidiges Schwert. Einerseits sorgte sie für einen dringend benötigten Aufschwung bei den Staatseinnahmen, da Öl bald das Holz als Hauptexportgut des Kongo ablöste. Zwischen 1970 und 1975 stieg das reale Bruttosozialprodukt um 8,2 Prozent, wobei ein Großteil dieser Mittel in Sozial- und Infrastrukturausgaben floss.<sup>62</sup> Die Zahl der eingeschriebenen Schulkinder verdreifachte

---

<sup>61</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 168.

<sup>62</sup> Bundesarchiv, Akte DL2-10588.

sich, wodurch Ende der 1970er Jahre über 350.000 Kinder kostenlosen Unterricht erhielten.<sup>63</sup> Gleichzeitig geriet der Kongo jedoch in eine starke Abhängigkeit vom Erdöl, das Mitte der 1980er Jahre über 80 Prozent der Exporte des Landes ausmachte.<sup>64</sup> Wenn die Provisionen für ausländische Holzfirmen eine einfache, aber unproduktive Einnahmequelle für den Kongo waren, so waren die Provisionen für die Ölförderung nicht anders. Trotz großer Anstrengungen gelang es der staatlichen Hydrocongo nicht, die Kontrolle über die Raffination und Vermarktung des Öls zu übernehmen. Der Wettbewerb mit den finanzstarken und erfahrenen französischen und italienischen Tochtergesellschaften war einfach zu groß. Noch fataler war jedoch, dass die kongolesische Wirtschaft nun dem Boom-Bust-Zyklus des kapitalistischen Weltmarktes völlig ausgeliefert war. Während die frühen 1970er Jahre Brazzaville Rekordeinnahmen bescherten, führte die weltweite Rezession 1974 dazu, dass das reale Wachstum des kongolesischen Bruttosozialprodukts von 8,2 Prozent auf nur 1,6 Prozent in den Jahren 1975 und 1976 zurückging.

Das Öl vertiefte somit die wirtschaftliche Abhängigkeit der Volksrepublik vom Westen. Noch 1976 war mehr als die Hälfte der kongolesischen Exporte für die EWG bestimmt, während fast 70 Prozent der Importe aus Westeuropa stammten.<sup>65</sup> Die neokolonialen Realitäten im südlichen Afrika wurden auch durch den mageren Handel des Kongo mit seinen Nachbarn deutlich: Nur 7,5 Prozent der kongolesischen Importe kamen aus den Nachbarstaaten der zentralafrikanischen UDEAC-Zollunion. Die Exporte in die UDEAC-Länder waren völlig unbedeutend. Die sozialistischen Staaten hatten ihrerseits starke politische Bindungen zu Brazzaville aufgebaut, konnten aber die kapitalistischen Mächte nicht als bedeutende Handelspartner ersetzen. Auf den sozialistischen Block entfielen nur 4 Prozent der kongolesischen Einfuhren, während die Ausfuhren nur etwas mehr als 8 Prozent ausmachten. Darüber polemisierten Nguabi und seine Verbündeten Mitte der 1970er Jahre auf bilateraler Ebene mit den sozialistischen Regierungen und gelegentlich sogar öffentlich.<sup>66</sup>

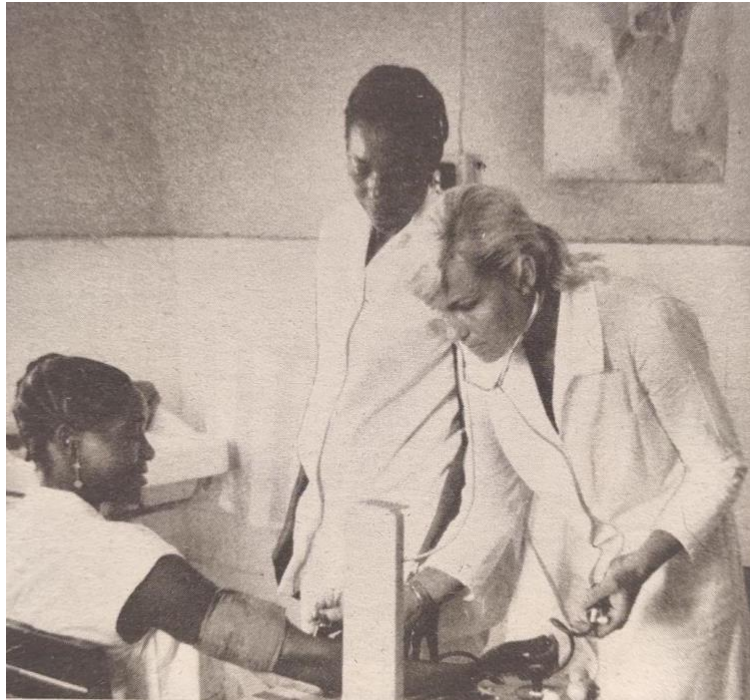
---

<sup>63</sup> *Horizont* (Zeitschrift für Außenpolitik der DDR), Artikel Nr. 36/1979.

<sup>64</sup> Bundesarchiv, Akte DL2-10588.

<sup>65</sup> Bundesarchiv, Akte DL2-10588.

<sup>66</sup> Bundesarchiv, Akte M 1-C/920-74.



*Eine der vielen DDR-Bürgerinnen, die bei der Ausbildung einer neuen Generation kongolesischer Fachkräfte helfen: Dr. Helga Buchecker unterrichtet junge Medizinstudenten in einer Poliklinik in Brazzaville.*

Auch die PCT machte in diesen Jahren eine weitere Entwicklung durch. Seit 1970 hatte Nguabi auf eine Ausweitung der Parteimitgliedschaft gedrängt, um eine breitere Massenbasis zu schaffen und die Partei sowohl im ländlichen Hinterland als auch in der Armee zu verankern.<sup>67</sup> Doch erst im Dezember 1974, als Nguabi erneut zum Vorsitzenden der PCT gewählt wurde, konnte er die Mehrheit des Zentralkomitees davon überzeugen, seinen Vorschlag zu unterstützen. In der Folge führte er diese Initiative an, und die Mitgliederzahl stieg bis 1975 um das Sechsfache von 227 auf 1.427. Auch das Politbüro wuchs von 5 auf 8 Mitglieder und der Zentralausschuss von 40 auf 50. Diese Bemühungen trugen dazu bei, dass die Massenorganisationen und das Militär in der Partei vertreten und mit ihr verbunden waren.

In dem Bemühen, den schleppenden Prozess der Reorganisation des Staatsapparats zu beschleunigen, setzte die PCT 1975 einen Sonderausschuss ein, um „unverbesserliche Kader“ aus Machtpositionen zu entfernen. Unter dem Motto „Die Macht dem Volk“ wurde eine Politik eingeleitet, die den Arbeitern und Bauern den Zugang zu Verwaltungsposten erleichtern sollte.<sup>68</sup> Diese „Radikalisierung der Partei“ wurde von der Jugendorganisation vorangetrieben, da die Studenten eine aggressivere Politik gegenüber den „überprivilegierten und überbezahlten“ Bürokraten forderten. Die Regierung, das Zentralkomitee und das Politbüro der PCT beugten sich diesem Druck

---

<sup>67</sup> Bundesarchiv, Akte M 1-C/920-74.

<sup>68</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 101.

und stellten sich neu auf. Nguouabi kündigte an, dass 1977 ein Dritter Außerordentlicher PCT-Kongress stattfinden würde, um diesen Umstrukturierungsprozess fortzusetzen und die Bürokratie zu bekämpfen, die von den neuen Öleinnahmen profitierte. Bevor der Kongress jedoch abgehalten werden konnte, wurde Nguouabi am 18. März 1977 in seinem Haus von Mitgliedern der Präsidentengarde aus dem Hinterhalt ermordet.

Es ist nach wie vor unklar, wer hinter der Ermordung von Nguouabi steckt. Das Militär verhaftete rasch verschiedene prominente Persönlichkeiten, darunter den ehemaligen Präsidenten Massamba-Débat, der wegen seiner angeblichen Beteiligung schnell vor Gericht gestellt und hingerichtet wurde. Westliche Beobachter wie Thompson und Adloff haben einen Zusammenhang mit dem geplanten Dritten Außerordentlichen Kongress vermutet: Unzufriedene Bürokraten und Offiziere fürchteten möglicherweise um ihre Posten. Ein „streng vertraulicher“ Bericht in den Archiven der DDR legt ein anderes Motiv nahe. Hermann Axen (der Leiter der internationalen Abteilung der regierenden SED der DDR) erhielt einen Brief von prominenten PCT-Mitgliedern, die in der DDR studiert hatten. Diese behaupteten, dass Nguouabi ermordet wurde, nachdem er intern Pläne angekündigt hatte, „die schwankende Außenpolitik des Kongo zwischen der UdSSR, China und Frankreich zu beenden“ und ein Freundschaftsabkommen mit der Sowjetunion anzustreben, so wie es Angola einige Monate zuvor getan hatte.<sup>69</sup> Man erhoffte sich von einer engen Annäherung an die UdSSR eine weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und damit eine Verringerung der Abhängigkeit des Kongo vom Westen. Diese Resolution sollte angeblich dem Dritten Außerordentlichen Kongress zur Genehmigung vorgelegt werden. Antisowjetische Elemente innerhalb der PCT sollen daher zugeschlagen haben, bevor die Resolution eingebracht werden konnte. Es blieb jedoch unklar, wer diese antisowjetischen Elemente genau waren.

---

<sup>69</sup> Der Bericht wurde vom Leiter der SED-Parteischule „Karl Marx“ verfasst. Ein kongolesischer Absolvent der Schule war im August 1977 zu einem Urlaub in die DDR zurückgekehrt und hatte sich mit seinem ehemaligen Professor getroffen, dem er sich anvertraute. Eine Gruppe kongolesischer PCT-Mitglieder und Absolventen der „Karl-Marx“-Schule – darunter prominente Kader wie der Direktor des größten kongolesischen Staatsunternehmens – hatte Nguouabi angeblich einige Monate vor seiner Ermordung einen Brief geschickt, in dem sie den Präsidenten drängten, „die schwankende Außenpolitik des Kongo zwischen der UdSSR, China und Frankreich zu beenden“, um ein Freundschaftsabkommen mit der UdSSR anzustreben (ähnlich wie Afghanistan es 1978 tun würde), das auch zur Linderung der wirtschaftlichen Probleme beitragen würde. Nguouabi soll dem Vorschlag zugestimmt haben und beabsichtigte, ihn auf dem dritten außerordentlichen Parteitag zur Genehmigung vorzulegen. Siehe Bundesarchiv, Akte DY 30.98818.



*Beerdigung von Nguabi in Brazzaville, 2. April 1977.*

Unmittelbar nach der Ermordung wurde eine Militärjunta eingesetzt und die Verfassung von 1973 außer Kraft gesetzt. Nguabis engste Verbündete wurden ins Ausland geschickt, um ihren Einfluss auf die politischen Entwicklungen im Kongo zu begrenzen. Die PCT wurde *de facto* ausgeschaltet. Diese Schritte deuten darauf hin, dass die Ermordung tatsächlich darauf abzielte, Nguabis ideologische Ausrichtung zu bekämpfen. Unabhängig von den Motiven bedeutete Nguabis Tod einen erheblichen Rückschlag für den revolutionären Prozess im Kongo. Er war nicht nur ein fähiger Politiker und militärischer Befehlshaber, sondern auch ein herausragender marxistischer Theoretiker, der den wissenschaftlichen Sozialismus durch seine Analysen der kongolesischen Gesellschaft und der Herausforderungen, vor denen die afrikanischen Länder südlich der Sahara stehen, bereichert hatte. Eine Auswahl seiner Schriften und Reden wurde in dem Buch *Vers la construction d'une société socialiste en Afrique* veröffentlicht. Es enthält seine Rede auf einer Konferenz in Dakar, Senegal, aus dem Jahr 1975, in der er eine historisch-materialistische Analyse der kongolesischen Gesellschaft formulierte und für einen wissenschaftlichen Sozialismus anstelle der Idee eines „afrikanischen Sozialismus“ plädierte.

### **Eine neue Wirtschaftspolitik: *autocentré et autodynamique* (1977–1984)**

Das *Comité militaire du parti*, das nach der Ermordung von Nguabi an die Macht kam, wurde von Joachim Yhombi-Opango geleitet, einem konservativen Oberst, der zuvor von

Ngouabi degradiert worden war.<sup>70</sup> Seine Präsidentschaft in der Volksrepublik dauerte nur zwei Jahre und bedeutete eine Zeit der politischen Stagnation. Der PCT gelang es schließlich, Yhombi-Opango im Februar 1979 abzusetzen und ihn durch Denis Sassou Nguesso zu ersetzen, der weithin als fähiger Nachfolger von Ngouabis revolutionärem Erbe angesehen wurde.

Als erste Amtshandlung berief Sassou Nguesso 1979 den lang erwarteten Dritten Außerordentlichen Kongress ein, auf dem eine neue Verfassung ausgearbeitet wurde, die dann der Öffentlichkeit vorgelegt und von 85 Prozent der 700.000 Wähler angenommen wurde. In der neuen Verfassung wurde die alte Fassung von 1973 beibehalten und erweitert. Die grundlegenden Produktionsmittel wurden als Volkseigentum geschützt, während die Privatwirtschaft unter der Bedingung zugelassen wurde, dass sie unter staatlicher Aufsicht blieb. Partei und Staat wurden wieder als einheitliches Machtinstrument konzipiert: Der Generalsekretär der PCT war gleichzeitig der Präsident der Volksrepublik. Die Wähler erhielten nun das Recht, die Abgeordneten der Nationalversammlung abzurufen. Eine Annäherung an die Sowjetunion wurde jedoch nicht diskutiert.

Der Kongress nahm eine nüchterne Analyse der wirtschaftlichen Lage des Kongo vor. Ende der 1970er Jahre war der staatliche Sektor ausgebaut worden und machte nun etwa 30 Prozent der Industrieproduktion aus. Doch die staatlichen Unternehmen hatten Mühe, über die Runden zu kommen. Gleichzeitig war der Kongo, obwohl ein Agrarland, stark von importierten Nahrungsmitteln abhängig. Die koloniale Praxis des Anbaus von Monokulturen prägte noch immer viele landwirtschaftliche Betriebe. Die Kosten für den Import von Nahrungsmitteln belasteten die Staatskasse erheblich; diese Mittel hätten stattdessen für den Import von Technologie ausgegeben werden können.<sup>71</sup> Daher beschloss die PCT auf dem Kongress 1979 drei zentrale Maßnahmen: die Reorganisation der Staatsbetriebe, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und – in der aktuellen Phase – die Konzentration auf die Kontrolle des Privatsektors, anstatt seiner Beseitigung. Diese Maßnahmen waren Teil einer neuen Strategie mit dem Titel „*auto-centré et autodynamique*“ (selbstzentriert und eigendynamisch), mit der die PCT versuchte, den Schwerpunkt auf inländische Lösungen für die Probleme des Kongo zu legen, anstatt sich auf ausländische Hilfe zu verlassen:

„Die grundlegenden Hebel der kongolesischen Wirtschaft müssen innere sein. Ihr entscheidendes System muss innerhalb der nationalen Grenzen liegen. Unabhängige kongolesische Wirtschaft, das bedeutet Beherrschung der

---

<sup>70</sup> V. Thompson und R. Adloff, S. 18.

<sup>71</sup> J. Ndokou, „Voraussichtliche und erforderliche soziale Veränderungen im Hinblick auf die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in der Volksrepublik Kongo“ in *Zur Entwicklung in der Volksrepublik Kongo*, Berlin, 1987, S. 45.

Kommandohöhen, Beherrschung der Finanz- und Geldprobleme, die intra- und interregionale Integration, Aneignung der Technik, Beherrschung des Außenhandels ... Die unabhängige nationale Wirtschaft ... muss vom kongolesischen Volk selbst kontrolliert werden.“

Wie bereits zuvor von der PCT anerkannt worden war, bestand die Wirtschaft der „Übergangszeit“ im Wesentlichen aus einem Wettbewerb zwischen verschiedenen Arten von Eigentumsverhältnissen.<sup>72</sup> Doch nun betonte die Partei, dass die Stärkung der staatlichen Unternehmen nicht dadurch erreicht werden könne, dass man die privaten Unternehmen administrativ zurückhält. Vielmehr sollte sich der öffentliche Sektor im Vergleich zum privaten Sektor schneller entwickeln. Der Staat sollte sich auf die Unterstützung seiner eigenen Unternehmen konzentrieren und in den privaten Sektor nur eingreifen, um Exzesse (z. B. Spekulation) zu verhindern. Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln war ein Fernziel, das erst in einer späteren Phase der Revolution verfolgt werden sollte. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Haltung der VR Kongo gegenüber ausländischem Kapital, wie der kongolesische Wirtschaftswissenschaftler Jacques Ndokou 1987 schrieb:

„Das ausländische Kapital spielt eine widersprüchliche Rolle. Auf der einen Seite – und das ist das Wesentliche – ist der entscheidende Faktor der wirtschaftlichen Abhängigkeit, des extravertierten Charakters der Wirtschaft, ihre Disproportionalität. Auf der anderen Seite kann es nicht einfach ‚eliminiert‘ werden. Erstens lassen das die politischen Machtverhältnisse nicht zu. Zweitens ist es ein ‚Kanal‘, über den moderne Technik und Technologie in das Land kommen, so dass sich vor allem in den von ihm beherrschten Betrieben eine höher qualifizierte Arbeiterklasse herausbilden kann. Wie die Erfahrungen der ‚Neuen Ökonomischen Politik‘ in Sowjetrußland Anfang der zwanziger Jahre, aber auch für die Entwicklungsländer sehr interessante Entwicklungen im heutigen China zeigen, kann ausländisches Kapital, wenn sein Wirkungskreis begrenzt ist, durchaus zur Entwicklung der nationalen Produktivkräfte beitragen.“<sup>73</sup>

Die 1980er Jahre waren somit durch eine neue Wirtschaftsstrategie gekennzeichnet, die sich an Lenins Neuer Wirtschaftspolitik orientierte. Interessanterweise begann die PCT mit der Formulierung dieser Strategie im Jahr 1978, zur gleichen Zeit als die Kommunistische Partei Chinas mit der Umsetzung ihrer „Reform- und Öffnungspolitik“ begann. Ausgehend von der Rückständigkeit der kongolesischen Wirtschaft bestand die Idee nun darin, „den privaten Sektor zu *nutzen*, um den staatlichen Sektor zu *entwickeln*“, d. h. die wirtschaftliche Entwicklung durch staatliche Unternehmen zu

---

<sup>72</sup> Ndokou, S. 47.

<sup>73</sup> Ndokou, S. 49.

planen und diesen Prozess durch die Tätigkeit privater Firmen zu ergänzen. „Die Stärkung der nationalen Wirtschaft in all ihren Sektoren ist eine entscheidende Voraussetzung, um die derzeitige Dominanz des ausländischen Kapitals zurückzudrängen“, so Ndokou.<sup>74</sup>

Diese Neuausrichtung der wirtschaftlichen Strategie war mit einer Neubewertung der Klassenkonstellation in der VR Kongo verbunden. Die nationaldemokratische Revolution war von der Vorstellung ausgegangen, dass die entstehende Arbeiterklasse im Laufe dieses Prozesses an Stärke gewinnen und nach und nach die Hegemonie in der Revolution übernehmen würde, um schließlich den Übergang zu einer sozialistischen Revolution einzuleiten. Während die Arbeiterklasse in den letzten 15 Jahren gewachsen war, blieb sie Anfang der 1980er Jahre relativ schwach und unterqualifiziert. Es handelte sich um eine „Arbeiterklasse der ersten Generation“, die größtenteils aus ehemaligen Bauern bestand, welche aus ländlichen Gebieten geflohen waren, um in der Stadt Arbeit zu finden. Daher war der „ethnische Partikularismus“ weit verbreitet und behinderte weiterhin die Entwicklung eines Klassenbewusstseins.<sup>75</sup> Das Projekt „*auto-centré et autodynamique*“ zielte darauf ab, die Arbeiterklasse zu qualifizieren und sie im Umgang mit modernen Technologien zu schulen, indem sie in Joint Ventures mit ausländischem Kapital beschäftigt wurden.

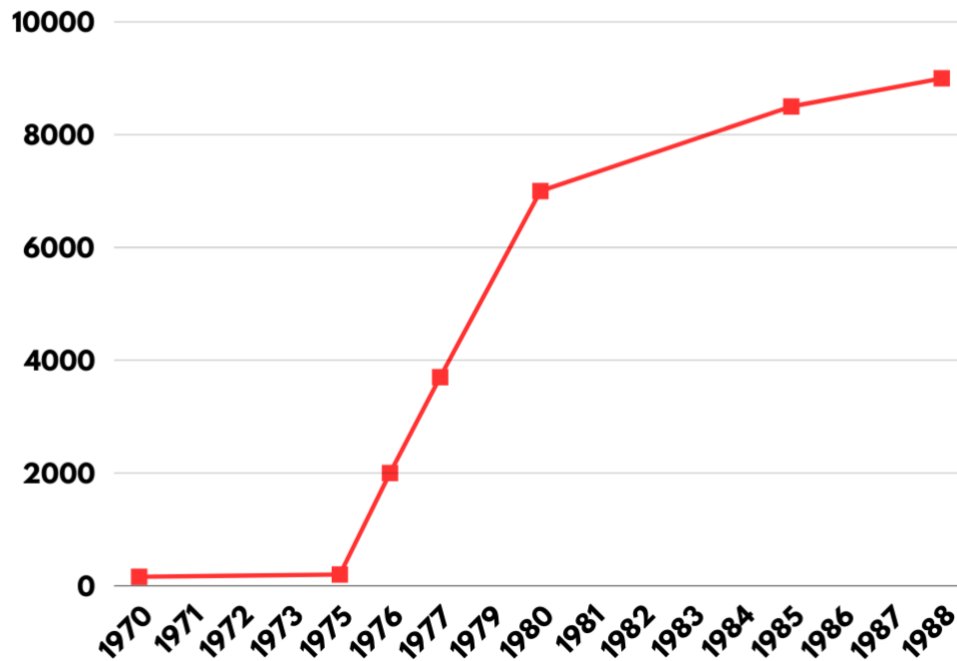
In der Zwischenzeit wurde die PCT weiterhin hauptsächlich von der Intelligenz getragen, die nur 5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, aber 25 Prozent der Parteimitglieder stellte.

---

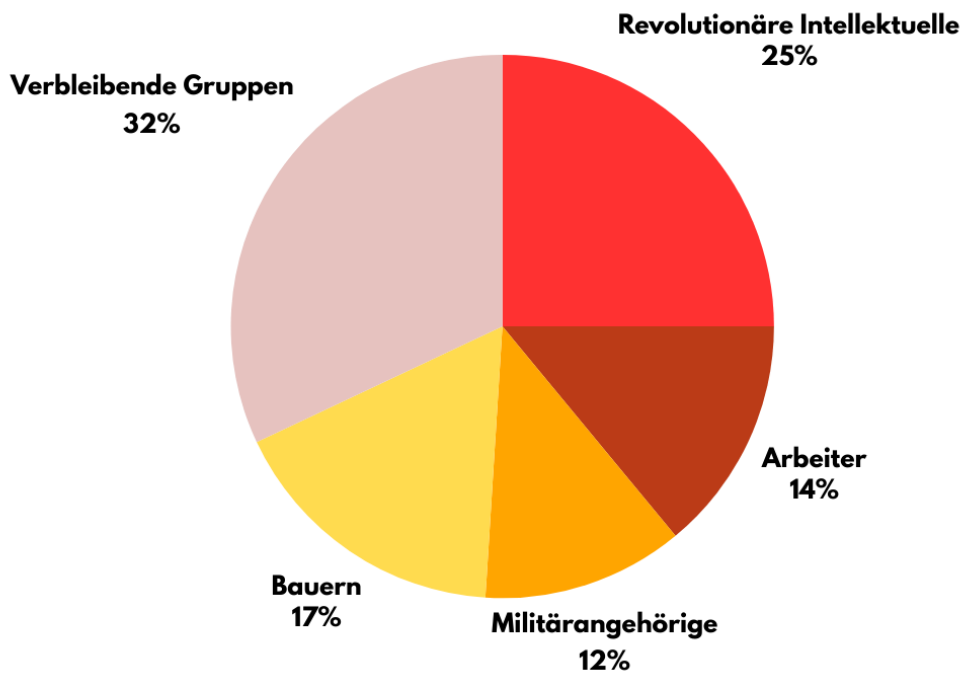
<sup>74</sup> Ndokou, S. 43.

<sup>75</sup> Ndokou, S. 56.

## Entwicklung der PCT-Mitgliederschaft



## Soziale Zusammensetzung der PCT (1988)



## Stagnation und Rückzug (1984–1990)

Seit 1970 hatten die sozialistischen Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen mit der VR Kongo ausgebaut. Die DDR-Verantwortlichen waren sich bewusst, dass die Abhängigkeit des Kongo vom kapitalistischen Weltmarkt durch seine Rolle als

Rohstofflieferant aufrechterhalten würde, und versuchten daher, die junge Volksdemokratie bei der Industrialisierung zu unterstützen. Die DDR versorgte Brazzaville seit 1970 mit langfristigen Krediten mit garantiert niedrigen Zinssätzen. Die Strategie bestand darin, die Einfuhr ostdeutscher Maschinen und Ausrüstungen zu erleichtern, insbesondere in den Bereichen Stromerzeugung, Kommunikationssysteme, Bauwesen, Verarbeitung von Rohstoffen und Druckwesen.<sup>76</sup> Die DDR entsandte auch Berater, die bei der Verwaltung von Staatsbetrieben in der Textil- und Keramikindustrie helfen sollten. Weitere 7,3 Millionen USD wurden in die Aus- und Weiterbildung von über 800 kongolesischen Studenten, Arbeitern und Kadern in der DDR investiert. Bis Ende der 1980er Jahre wurden Solidaritätsgüter im Wert von fast 4 Millionen USD in den Kongo geliefert. Es fand also ein bedeutender Wissens- und Technologietransfer in den Kongo statt. Doch trotz dieser Fortschritte erreichten die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem sozialistischen Block und dem Kongo nie das gleiche Niveau wie ihre politischen Beziehungen. Die Sowjetunion, die sich Anfang der 1980er Jahre um die Förderung der Blei- und Zinkindustrie bemühte, war letztlich nicht in der Lage, den Westen als wichtigsten Handelspartner des Kongo zu verdrängen.

Wie viele andere ehemalige Kolonien wurde auch die VR Kongo in den 1980er Jahren von der Schuldenkrise erdrückt. Im Jahr 1985 hatte die Verschuldung von Brazzaville 2 Milliarden USD erreicht; dies entsprach 68,7 Prozent des Bruttosozialprodukts.<sup>77</sup> In jenem Jahr musste der kongolesische Staat 50 Prozent seiner Einnahmen verwenden, um seine laufenden Schuldendienstverpflichtungen zu erfüllen. Die in den Vorjahren aufgelaufenen Schulden konnten nicht getilgt werden. Die DDR zeigte Verständnis, indem sie die von Brazzaville geschuldeten Zahlungen immer wieder stundete, was sich natürlich auch auf die ostdeutsche Wirtschaft nachteilig auswirkte. Die Weltbank bot Brazzaville Kredite an, stellte aber die Bedingung, dass die Mittel nur in die rentabelsten Bereiche der Wirtschaft investiert werden durften. Dies hinderte die PCT zusätzlich daran, den staatlichen Sektor zu stärken.<sup>78</sup>

Mitte der 1980er Jahre war der revolutionäre Eifer sowohl innerhalb der PCT als auch in der kommunistischen Weltbewegung deutlich abgeflaut. Mit dem Aufstieg von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU im Jahr 1985 beherrschte eine Doktrin des „neuen Denkens“ die Außenpolitik der UdSSR. Das Bestreben, „wirtschaftlich

---

<sup>76</sup> Die Kredite der DDR waren für den Bau von Anlagen zur Herstellung von Mangan-Silizium bestimmt, das in der Stahlproduktion verwendet wird. Gabun exportierte das Erz per Eisenbahn zum Hafen von Pointe-Noire, so dass die Kongolesen hofften, diesen Rohstoff selbst verarbeiten zu können. Das Volumen des Kredits stieg von 6 Mio. USD im Jahr 1970 auf 56 Mio. USD im Jahr 1988, wobei die Zinszahlungen auf Wunsch der PCT wiederholt gestundet wurden. Siehe Bundesarchiv, Akten DL 2-10586 und DL 2/10588.

<sup>77</sup> Die sozialistischen Staaten verwendeten das Konzept des Bruttosozialprodukts, um den gesamten materiellen Reichtum (sowohl Produktionsmittel als auch Konsumgüter) zu messen, der in einer Gesellschaft in einem bestimmten Zeitraum (normalerweise jährlich) produziert wurde. Siehe L. Kounkou, S. 31.

<sup>78</sup> L. Kounkou, S. 31.

schwächere“ sozialistisch orientierte Staaten wie Kongo und Afghanistan zu unterstützen, wurde durch den Wunsch ersetzt, die Wirtschaftsbeziehungen mit größeren kapitalistischen Staaten im Globalen Süden wie Brasilien oder Argentinien auszubauen. In der VR Kongo begann Sassou Nguesso, sich von der Idee einer Intensivierung der Beziehungen zum sozialistischen Lager zu entfernen. Stattdessen wandte er sich an Berater aus Frankreich und der Weltbank und leitete 1984 sogar eine Säuberungsaktion gegen die „prosojetische“ Fraktion der PCT ein, die sich für engere Beziehungen mit dem sozialistischen Block eingesetzt hatte.<sup>79</sup> Der Handel mit der DDR brach daraufhin ein, da die kongolesische Regierung wenig Interesse zeigte, die von der DDR gewährten Kredite zu nutzen.

Trotz einer zunehmend mit sich selbst beschäftigten KPdSU und einer enttäuschten PCT setzte die SED ihre Unterstützung für die VR Kongo fort, war aber durch diese Entwicklungen eindeutig verunsichert. 1985 kamen die DDR-Analysten in einer internen Bewertung zu dem Schluss:

„Unter den Bedingungen sich verschärfenden Klassenkampfes und unter dem Einfluss des äußeren Kräfteverhältnisse und seiner Auswirkungen auf die innere Lage [kommt es] zu Kompromissen. So wird z.B. der Lösung wichtiger – und theoretisch erkannter – Fragen wie der Zerstörung des alten Staatsapparates, der Gesundung des staatlichen Sektors, der Begrenzung der Positionen der bürokratischen Bourgeoisie, die seit langem ansteht, in der Praxis ausgewichen bzw. sie wird nur sehr inkonsequent in Angriff genommen.

Der sich vergrößernde Widerspruch zwischen erklärten politischen Zielen und bestimmte positiven Veränderungen im Überbau einerseits und der wachsenden ökonomischen Abhängigkeit vom Imperialismus sowie ausbleibenden progressiven Veränderungen der sozioökonomischen Basis und dem Fortbestehen des neokolonialistisch geprägten Staatsapparates andererseits gefährdet – wenn keine Tendenzwende erreicht wird – längerfristig zunehmend die sozialistische Orientierung [der VR Kongo].“<sup>80</sup>

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems zu Beginn der 1990er Jahre war die PCT eine von vielen revolutionär-demokratischen Parteien, die sich politisch zurückzogen und sich dem westlichen Liberalismus beugten. Kongo-Brazzaville war auch eines von mehreren ehemals sozialistisch orientierten Ländern, das nach 1990 im Bürgerkrieg versank. Mit Ausnahme eines kurzen fünfjährigen

---

<sup>79</sup> Der Anführer dieser Fraktion war Hauptmann Francois-Xacier Katali, der 1984 zusammen mit einem anderen prominenten linksgerichteten Minister, Jean-Pierre Thystère Tchicaya, degradiert wurde. Siehe V. Thompson und R. Adloff, S. 31.

<sup>80</sup> Bundesarchiv, Akte DL2-10588.

Zwischenspiels blieben Sassou Nguesso und die nunmehr sozialdemokratische PCT in der Republik Kongo an der Regierung.

## Schlussfolgerung

Liberales Gelehrte erklärten den Kapitalismus nach 1990 schnell zum Sieger. Sie bezeichneten den Zusammenbruch der antiimperialistischen und kommunistischen Bewegungen als das „Ende der Geschichte“. Doch heute, mehr als drei Jahrzehnte später, lassen die Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems zwangsläufig neue antiimperialistische Bewegungen in ganz Afrika, Asien und Lateinamerika entstehen und wir können deutlich sehen, dass die Geschichte noch lange nicht „vorbei“ ist. Eines der eklatantesten Beispiele ist die Allianz der Sahel-Staaten (AES), die inzwischen die westlichen Streitkräfte aus ihren Hochburgen in Mali, Niger und Burkina Faso vertrieben hat. Die Regierungen der AES suchen nun nach Möglichkeiten, sich aus dem neokolonialen Griff Frankreichs zu befreien. Für viele linke Kräfte auf dem gesamten Kontinent und darüber hinaus bleibt die national-demokratische Revolution eine zentrale strategische Orientierung, und als solche haben die historischen Erfahrungen von Kongo-Brazzaville wieder an Bedeutung gewonnen.

Was die erste der drei in der Einleitung gestellten Fragen betrifft, so leistete Kongo-Brazzaville einen wichtigen Beitrag zur Theorie der Staatsmacht im neokolonialen Kontext. Was Kongo-Brazzaville von anderen revolutionären Staaten in Afrika unterschied, war, dass es über 25 Jahre lang standhielt, allen internen und externen konterrevolutionären Angriffen trotzte und sogar Führungswechsel relativ gut überstand. Das Gleiche lässt sich nicht von Ghana, Mali, Guinea, Ägypten, Algerien usw. sagen. Dies ist nach Meinung des Autors vor allem darauf zurückzuführen, dass es der kongolesischen Revolution gelungen ist, „die innere Kraft für ihre eigene Transformation“ aufzubringen. Die Revolutionäre konnten sich von einem nationaldemokratischen Staat mit einer Massenpartei (1963–1968) zu einer Volksdemokratie mit einer Avantgardepartei der Werktätigen (1969–1990) entwickeln. Letztere stellte eine „reifere, entwickeltere Form der revolutionär-demokratischen Staatsmacht“ dar und war somit besser in der Lage, die Revolution nach ihrer Anfangsphase zu verteidigen und weiterzuentwickeln.<sup>81</sup>

In diesem Zusammenhang war einer der schwierigsten Aspekte des Kampfes in Afrika, dass Avantgardeparteien wie die PCT erst entstanden, *nachdem* der revolutionäre Prozess bereits begonnen hatte.

---

<sup>81</sup> V. Y. Chirkin, „Die Entwicklung der Staatsmacht in den Ländern sozialistischer Orientierung“, in *Asien, Afrika Lateinamerika*, 1984, Bd. 12, Akademie Verlag, Berlin, 1984, S. 225–233.

„Anfangs wird die Staatsmacht erobert, und erst als nächsten Schritt beginnt man von oben die Parteiorganisation und deren Massenbasis zu schaffen. In diesem Falle ist die Partei nicht das Instrument einer bestimmten Klasse oder ihrer Zwischenschichten zur Machtergreifung, sondern ein Instrument, um die bereits ergriffene Macht zu behaupten und zur Erfüllung eines bereits vorgezeichneten Programms weiter auszunutzen.“<sup>82</sup>

Dieser Prozess vollzog sich vor dem Hintergrund eines intensiven Klassenkampfes. Im kongolesischen Kontext begann er mit der Gründung der MNR, ein Jahr nach der Volksrevolution, als die kapitalistisch orientierten Kräfte aus der Regierung gedrängt werden mussten. In den folgenden fünf Jahren gelang es der MNR, die nationaldemokratische Revolution voranzutreiben und eine Massenbasis zu organisieren, doch schließlich war sie am Ende ihrer Kräfte. Der von Ngouabi angeführte Aufstand im August 1968 war ein notwendiges „Korrektiv“, um die bürokratische Bourgeoisie zu bekämpfen und das zu verwirklichen, worauf die revolutionäre Intelligenz seit Anfang 1966 gedrängt hatte: die Schaffung einer Avantgardepartei mit einem klaren Klassencharakter und einer wissenschaftlich fundierten Analyse. Es stimmt zwar, dass die nicht der Arbeiterklasse angehörenden Kräfte (vor allem die zivile und militärische Intelligenz) bis zum Schluss die Vorherrschaft im revolutionären Prozess des Kongo innehatten, aber es war ihnen gelungen, den demokratischen Charakter der Revolution zu vertiefen und die arbeitenden Massen schrittweise in die lokalen Machtorgane und in den Prozess der Ausarbeitung der Verfassung einzubeziehen. Darüber hinaus hatte sich die Partei den wissenschaftlichen Sozialismus zu eigen gemacht: „Da es sich hierbei um die Ideologie der Arbeiterklasse handelt, kann die führende Rolle dieser Kräfte wohl als eine spezifische, indirekte Form der Hegemonie der Arbeiterklasse verstanden werden, oder zumindest als ein Ansatz, ein Element dieser Hegemonie, ein Schritt in Richtung dieser Hegemonie“, wie der sowjetische Wissenschaftler V. Y. Chirkin schlussfolgerte.<sup>83</sup>

Die nationaldemokratische Revolution muss daher als Prozess verstanden werden, als eine evolutionäre Dynamik, die allmählich sowohl die objektiven als auch die subjektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution schafft. Dies zeigte sich deutlich bei der periodischen Neufassung der Verfassung von Kongo-Brazzaville, die sich schrittweise von der bürgerlichen Verfassungsmäßigkeit entfernte und zunehmend proletarische Vorstellungen von Staatsmacht übernahm. Eine ähnliche Dynamik war in den anderen Volksrepubliken Angola, Mosambik, Äthiopien und Südjemen zu beobachten, die alle bis zum Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems im Jahr 1990 Bestand hatten. Wie Ngouabi so treffend argumentiert hatte, wäre es in Gesellschaften, in denen der (Neo-)Kolonialismus die grundlegende historische

---

<sup>82</sup> Zitiert in C. Mährdel und N.A. Simonija, S. 56.

<sup>83</sup> V. Y. Chirkin, 1984, S. 231.

Entwicklung (z. B. die Bildung von Nationen, die Überwindung feudaler und vorfeudaler Verhältnisse usw.) zutiefst verzerrt hatte, utopisch, sich vorzustellen, dass der Sozialismus sofort errichtet werden könnte.

Der ungelöste Widerspruch für die PCT war die zweite Frage: das Verhältnis zwischen der national-demokratischen Revolution und dem ausländischen Kapital. Entgegen den anfänglichen Erwartungen hatte es sich für den Kongo als ungemein schwierig erwiesen, seiner untergeordneten und abhängigen Rolle in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung zu entkommen. Die so genannte „pro-sowjetische“ Fraktion des MNR und der PCT hatte eine Agenda der schrittweisen Verstaatlichung ausländischer Unternehmen und der Einschränkung des Privatsektors vorangetrieben. Diese Strategie allein hatte jedoch nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Staatliche Unternehmen wurden durch den Mangel an technischen Fachkräften und den Wettbewerb mit weitaus stärkeren multinationalen Unternehmen auf dem Weltmarkt gelähmt. Versuche, sowohl im Holz- als auch im Ölsektor eine verarbeitende Industrie aufzubauen, scheiterten.

Dies war weitgehend auf die Unfähigkeit des sozialistischen Weltsystems zurückzuführen, um zur dritten eingangs aufgeworfenen Frage zu kommen. Der Transfer von Technologie und Wissen aus der UdSSR, China, der DDR, Kuba und vielen anderen sozialistischen Staaten war immens. Diese Beziehungen stellten zweifellos einen qualitativen Bruch mit den neokolonialen Praktiken des Westens dar. Die sozialistischen Staaten wollten nicht einfach nur Abnehmer der kongolesischen Rohstoffe sein, sondern versuchten, in den Produktionsprozess einzugreifen und die Industrialisierung des Landes zu fördern. Denn die Kommunisten waren sich darüber im Klaren, dass keine Summe an Hilfe oder Krediten die ehemaligen Kolonien von der Ausbeutung befreien konnte. Wenn die verzerrte Natur der nationalen Wirtschaft nicht radikal umgestaltet und die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals nicht gebrochen wird, würden die Verhältnisse, die die Abhängigkeit Afrikas geschaffen haben, nur reproduziert. Es musste eine qualitative Umgestaltung sowohl der internen sozioökonomischen Beziehungen als auch der externen Bedingungen auf der Weltbühne erfolgen. Mit diesem letzten Punkt hatte die kommunistische Weltbewegung am meisten zu kämpfen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zum Kongo und anderen revolutionären Staaten in Afrika waren letztlich nicht weit genug gefasst, um sie in die Lage zu versetzen, sich vom kapitalistischen Weltsystem abzukoppeln. Es hat nicht den Anschein, als hätten die sozialistischen Regierungen eine Strategie, um Volkswirtschaften wie Kongo-Brazzaville, Angola, Mosambik und Afghanistan in eine internationale sozialistische Arbeitsteilung zu integrieren. Die viel gepriesene „sozialistische Wirtschaftsintegration“, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

(RGW) vorangetrieben werden sollte, war Ende der 1970er Jahre ins Stocken geraten.<sup>84</sup> Der Aufstieg Gorbatschows innerhalb der KPdSU im Jahr 1985 war der letzte Nagel im Sarg.

Vor diesem Hintergrund lenkte die PCT das Land in den 1980er Jahren auf eine andere Strategie, die darauf abzielte, den staatlichen Sektor zu konsolidieren und gleichzeitig die administrativen Beschränkungen für den Privatsektor zu lockern und Zugeständnisse an ausländisches Kapital zu machen, in der Hoffnung, die technische Ausbildung der kongolesischen Arbeitnehmer und den Technologietransfer zu beschleunigen. Dieser Ansatz wies interessante Parallelen zu Chinas „Reform- und Öffnungsstrategie“ auf, die zur gleichen Zeit einsetzte. Allerdings war die Abhängigkeit des Kongo vom kapitalistischen Weltmarkt weitaus größer als die Chinas im Jahr 1978. Dies zeigte sich in der vom Westen aufgestellten Schuldenfalle, die Brazzaville eine „Strukturanpassungspolitik“ aufzwang und damit die Bemühungen der PCT zur Verteidigung und Stärkung des staatlichen Sektors untergrub. In diesem Zusammenhang ist jede Verringerung der Abhängigkeit vom kapitalistischen Westen notwendigerweise eine fortschrittliche Entwicklung für Afrika. Die Förderung der so genannten „Süd-Süd-Kooperation“ in Bündnissen wie BRICS+ hat trotz aller Widersprüche und Grenzen ein erhebliches Potenzial.

## Literaturverzeichnis

Autorenkollektiv, *Die Arbeiterklasse in Asien und Afrika, Formierung und Kampf - Protokoll einer Konferenz*, Akademie Verlag, Berlin, 1974.

Autorenkollektiv, *Partei und Staat in den Ländern mit sozialistischer Orientierung*, Akademie Verlag, Berlin, 1974.

Autorenkollektiv, *Staatsrecht junger Nationalstaaten*, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, 1988.

Koukou, L. „Zur Entwicklung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der Volksrepublik Kongo“ in *Zur Entwicklung in der Volksrepublik Kongo*, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin, 1987.

---

<sup>84</sup> Diese These muss noch vertieft werden. Die IFDDR plant, dies im Rahmen der Forschungsplattform „Friendship!“ zu tun, die auf ihrer Website unter [ifddr.org](http://ifddr.org) zu finden ist.

Thompson, V. und Adloff, R. *Historical Dictionary of the People's Republic of the Congo*, Scarecrow Press, Inc., London, 1984.

Ndokou, J. „Voraussichtliche und erforderliche soziale Veränderungen im Hinblick auf die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in der Volksrepublik Kongo“ in *Zur Entwicklung in der Volksrepublik Kongo*, Berlin, 1987.

Ngouabi, M. *Vers la construction d'une société socialiste en Afrique*, Paris, 1975.

M'Pandzou, M. „Probleme der Umgestaltung des Staatsapparates in der Volksrepublik Kongo“ in *Zur Entwicklung in der Volksrepublik Kongo*, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin, 1987.

Chirkin, V. Y. und Yudin, Y. A. *A Socialist-Oriented State: Instrument of Revolutionary Change*, Progress Publishers, Moskau, 1978.

Chirkin, V. Y. „Die Entwicklung der Staatsmacht in den Ländern sozialistischer Orientierung“, in *Asien, Afrika Lateinamerika*, 1984, Bd. 12, Akademie Verlag, Berlin, 1984, S. 225–233.

Schmidt, U. „Zu den politisch-ideologischen Grundpositionen der Führungskräfte in der VR Kongo“ in *Asien, Afrika und Lateinamerika*, 1988, Bd. 16, Akademie Verlag, Berlin.